

Die Friedensinterpellation im Reichstage.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Bethmann-Hollweg, Delbrück, Tispi, Helfferich, Roebell und andere.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Reichskanzler Bethmann-Hollweg:

Ich benutze die erste Gelegenheit, um Ihnen einen kurzen Überblick über die Lage zu geben. Kurz nach der Vertagung des Reichstags im August hat Bulgarien an der Seite der Zentralmächte in den Krieg eingegriffen. Unter immer gesteigerten Anstrengungen hatte die Entente seit Ausbruch des Krieges versucht, König Ferdinand auf ihre Seite zu ziehen. Österreichisch-ungarisches, türkisches, griechisches Gebiet wurde ihm in liberaler Weise versprochen. Selbst das verbündete Serbien für das die Entente jetzt zu kämpfen vorgibt, wurde nicht gesont; es sollte, um Bulgarien für die Entente zu gewinnen, im weitesten Maße geschwächt werden. Da es sich dazu nicht verstehen konnte, blieben unsere Gegner unter sich uneinig. Nach dem letzten Balkankriege hatte Bulgarien, das die Hauptlasten des Krieges getragen, von Rußland im Stich gelassen, zwischen müssen, wie die frühe seiner Siege dem serbischen Nachbarn anfielen. (Sehr richtig!) Serbien hatte in allem den Vorteil, weil es Rußlands Vormachtstellung gegenüber Österreich-Ungarn sicherte. Jetzt flattern die bulgarischen Fahnen, die damals nach mühevollen Kämpfen, aber nach schweren Enttäuschungen zusammengerollt wurden, frei über dem damals verlorenen Lande. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: Sie haben damals Bulgarien im Stich gelassen! — (Lachen und Rufen.) Serbien hat nicht einmal versucht, eine Verständigung anzubahnen, sondern einfach sich, im Vertrauen auf die Unterstützung Sir Edward Georges, das England seinem Freunde auf dem Balkan Seite nur denkbare Unterstützung leisten werde, dem vereinten Ansturm unter und der bulgarischen Arme die Spitze zu bieten. Jetzt ist das serbische Heer zum größten Teil vernichtet. Vergeblich haben die Serben auf die versprochene Hilfe Frankreichs und Englands gewartet, und zum zweitenmal hat sich ein kleines Volk für die Verbündeten geopfert. (Beifall.) Unsere Truppen haben auch in den serbischen Bergen alle Strapazen überstanden und glänzend gekämpft. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: Unser Heer dankt gebührt unseren Kriegern. (Erneuter Beifall.) Dann auch unseren treu bewährten Waffenbrüdern. (Beifall.) Und dem neu gewonnenen Freunde, dem bulgarischen Heere. (Wiederer Beifall.) Durch die Zerschmetterung des serbischen Heeres ist die ungehinderte Verbindung mit der Türkei hergestellt. Wir freuen uns, unserem türkischen Verbündeten in dem heissen Kampfe, in dem er steht, nachdrücklich beistehen zu können. (Beifall.) Mit heldenmütiger Tapferkeit hält die Türkei die Waage in den Dardanellen, deren schnellen Fall Dr. Schacht schon im Sommer prophezeit hat. (Lachen.) Heute stehen die Dardanellen fester denn je. (Stiller Beifall.) Im November wurde England von Ägypten mit Bagdad verdrängt. Aber auch dort konnten die Türken ihren alten Kriegstrüben bewahren. Der offene Weg nach dem nahen Orient bedeutet einen Markstein in der Geschichte dieses Krieges. Militärisch ist der direkte Zusammenhang mit der Türkei von unschätzbarem Wert, wirtschaftlich ergänzt die Zufuhr aus den Balkanstaaten und der Türkei unsere Vorräte in willkommener Weise. Darüber hinaus aber sind die Aussichten in die Zukunft verheißungsvoll, dank der zweifelhafte Politik König Ferdinands von Bulgarien ist eine feste Brücke

der Verleumdung Deutschlands sein wahres Gesicht zu verbergen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Über die vermittelnde Weiterentwicklung der militärischen Operation auf dem Balkan will ich jetzt nicht sprechen. Im Osten nehmen unsere Truppen zusammen mit den österreichischen eine in das russische Gebiet weit vorgeschobene auf ausgebaut, feste Verteidigungsstellung ein, immer bereit zu erneuertem Vorgehen. (Bravo!) Im Westen haben die mit größter Todesbereitschaft unternehmen Durchbruchversuche der Franzosen und Engländer zwar unsere Front an einzelnen Stellen eingedrückt, aber der Durchbruch ist mißglückt, mißglückt in vollem Umfange. Von dem gewaltigen Ringen gewinnt man eine Vorstellung, wenn man bedenkt, daß Frankreich allein in der Champagne nicht viel weniger Truppen eingesetzt hat, als die Zahl derjenigen, mit denen Deutschland 1870 den Krieg begann. (Sehr richtig!) Wir können nicht genug tun, um die Dankbarkeit des Vaterlandes gegen unsere tapferen Krieger abzutragen. (Stiller Beifall und Handklatschen.) Gegen unsere Krieger, die trotz unersättlichen Krimmkrieges, trotz einer vielfachen Lieberlegenheit mit ihren Verbunden dem Feinde einen Fall entgegengekehrt haben, den er nicht hat durchbrechen können. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

So sieht es an unseren Fronten aus.

Hinter der Front

Haben wir in Nordfrankreich und Belgien uns redlich und mit Erfolg bemüht, geordnete Zustände zu schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Wir haben genug an Lebensmitteln, wenn wir sie richtig verteilen. Das ist die bestimmende Tatsache. Das was im Kriege nicht so billig und so reichlich erhalten können wie im Frieden, ist klar. Die Not, die infolge des Krieges in vielen schwachbemittelten Familien eingetreten ist, wird von niemandem leibhaftig bestritten. Ein so gewaltiges Schicksal, das über die Allgemeinheit hereingebrochen ist, vernichtet auch zahllose Einzelne. Ich weiß, welche ungemessene Wut die deutschen Frauen in dieser schweren Zeit zu tragen haben. Ich habe volle Bewunderung für ihren Heldennut, für den sie den Dank des Vaterlandes verdienen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

(Zustimmung.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Wir haben zwar keinen Lebenshunger, aber wir kommen aus. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit will ich noch einen besonderen Fall mitteilen. Als auf das Geheiß Englands der General Dotsch a Deutsch-Südwestafrika angriff, erforderte die Rär von deutschen Eroberungsgelüsten auf die südafrikanische Union, um seinen Heberfall zu rechtfertigen. Bruderhüt wurde dann vergossen, als es der Bevölkerung widerstand, an diesem Heberfall teilzunehmen. Jetzt sucht General Dotsch die deutsche Bevölkerung sogar zum Eingreifen auf den europäischen Kriegsschauplätzen zu bestimmen und verbreitet die Behauptung, daß die deutsche Eroberungslust sich auch auf das Heimatland der Buren erstreckt. (Sehr richtig!) Ich finde kein Wort, das scharf genug wäre, um Verwahrung einzulegen gegen diese lächerliche und unannehme Erfindung. (Beifall.)

Ich habe versucht, Ihnen die Lage auf den Kriegsschauplätzen schildern zu können, so wie sie ist. Das sind die Tatsachen. Gegen die Gewalt ihrer Sprache vermögen unsere Feinde nichts. In unserer Rechnung ist kein falscher Punkt, kein unrichtiger Faktor, der unsere selbstlose Zuversicht erschüttern könnte. Wenn unsere Gegner sich jetzt vor den Tatsachen nicht beugen wollen, so werden sie es später tun müssen. Das deutsche Volk ist unerschütterlich und im Vertrauen auf seine Kraft unbändig. Es bleibt uns beizubringen, wenn man glauben möchte, daß wir, die wir von Sieg zu Sieg geschritten sind, die wir im Feindesland stehen, unseren Feinden, die sich von Siegen nähmen, an Ausdauer, an Fähigkeit, an innerer moralischer Kraft nachgeben. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Einzigster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Abgeordneter (Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Liebknecht: (Beifall.)

Nachdem sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hat, erklärt das Wort zur Begründung

Abg. Scheideemann (Soz.):

Seit mehr als 10 Monaten sind wir Feigen eines Kampfes, wie ihn die Welt nie zuvor erlebt hat. Wie sie ihn hoffentlich niemals wieder erleben wird. Was über bedenkliche Kämpfe in diesen 10 Monaten berichtet werden konnte, steht beispiellos da in der Geschichte. Über jeden Tag zu Tag ist auch das Blutmeer gestiegen; in die Zahl der Verwundeten gewachsen; in der Schmerz, in die Not in allen Ländern, die an diesem furchtbaren Kriege beteiligt sind, größer geworden. Ist es da verwunderlich, wenn aus allen Ländern die Frage kommt: Wie lange noch! Ich spreche es nach reiflicher Überlegung offen aus: Alle Völker wären froh, wenn dem Kriege schnellstens ein Ende gemacht werden könnte.

Man möchte an der Menschheit verzweifeln, wenn es anders wäre. Die Vorstellung ist geradezu entsetzlich, daß ein Volk geben könnte, das eine Fortsetzung des mörderischen Kampfes wünscht. Es besteht für mich kein Zweifel, alle Völker wollen den Frieden. Aber — ich will das Wort Lord Courtenay gebrauchen — die verantwortlichen Staatsmänner wissen noch nicht, wie sie aus der Sackgasse herausfinden sollen. Für uns Sozialisten ist es selbstverständlich, daß wir immer und immer wieder unsere Stimme für den Frieden erheben. Wir würden sonst aufhören, die Partei des Völkereinsatzes zu sein. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Wir alle, die wir Teilnehmer sind an diesem ungeheuerlichen Ereignis der Menschheitsgeschichte, müssen uns der großen Verantwortung bewußt sein, die auf uns ruht. Ich fühle diese schwere Last. Ich weiß, daß ein mißbrauchtes Wort verhängnisvoll werden, daß es das Gegenteil dessen herbeiführen kann, was es herbeiführen soll. Die Furcht vor falschen Deutungen veranlaßt aber viel zu viele zur übertriebenen Zurückhaltung. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Ich kenne zahlreiche zweifelhafte tapfere Männer, die nur deshalb nicht vom Frieden sprechen, weil sie fürchten, daß das als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte. Selbst in den Kreisen der sozialistischen Parteien unterliegt man vielfach der Formel von dem „Reigen der Schwäche“. Ich will es selbst aussprechen, damit Sie es mir nicht vorhalten in der Meinung, daß ich es nicht gewagt hätte. Ich will ein Beispiel aus jüngster Zeit anführen. Der Chef des Unterichtsdepartements in England, der Sozialist Arthur Henderson, ein früherer Metallarbeiter, erklärte noch Ende November dem schwedischen Professor Waastrom: Die Zeit sei noch nicht gekommen, vom Frieden zu reden oder dafür zu agitieren; er wolle nicht auf diejenigen hören, die fordern, daß die englische Regierung herbeizurufen und ihre Friedensbedingungen formulieren soll; denn alles Reden vom Frieden wird von der anderen Seite als Zeichen der Schwäche aufgefaßt. Damit möchte auch ich, aber trotzdem rede ich vom Frieden.

Am 4. August 1914 fand unser Volk wie ein Mann bereit zur Verteidigung des Vaterlandes. Als die Erklärung meiner Fraktion Ihnen vorgelesen wurde, da war das Haus erfüllt von stürmischem Beifall. In jener Erklärung hieß es: „Für unser Volk und seine freiwillige Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten seines eigenen Volkes bedeckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicher zu stellen. Da machen wir nichts, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Weiter sagen wir: „Wir fordern, daß der Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Wege zum Frieden geebnet sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“ Das war unser Bekenntnis zur Pflicht der Landesverteidigung und die Klarlegung unserer Stellung zum Kriegsziel. Zu diesen Bekenntnissen stehen wir heute noch.

Das Ziel der Sicherung gegen feindlichen Einbruch ist erreicht. Ein Blick auf die Kriegslage zeigt es, unsere Truppen stehen in Belgien, in Frankreich, in Rußland, in Serbien. Glauben die Gegner wirklich, daß sie den Krieg noch in unsere Gasse werden tragen können? Glauben sie es noch, nachdem alle ihre mit größter Gewalt unternommenen Vorstöße gegen die stählernen Reuten, die unser Land beschützen, wirkungslos sind? Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage, ob die Gegner zum Frieden bereit sind. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Ich kenne die Theorie, nach der der Weltkrieg den Frieden angibt. Sie sagt voraus, daß der eine Teil sich wirklich für Befriedigt erklärt. Das ist vielleicht noch möglich in einem Kriege zwischen kleineren und mittleren Staaten, bei einem ganz Europa ausfüllenden Koalitions-

Kriege, wie wir ihn jetzt durchleben, ist das ausgeflohen. Vom Frieden kann und sollte zuerst der reden, dessen militärische Lage und wirtschaftliche Stille ihn gestalten, aus jeder Bedeutung seiner Bereitschaft als Zeichen der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Dennoch können wir und deshalb müssen wir vom Frieden reden. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die wilden Zerkünderungs- und Zerstörungsgelüste aus den feindlichen Ländern haben wir nicht vergessen. Als christliche Leute wollen wir aber gestehen, daß auch

bei uns zu Lande Eroberungspläne

ausgedacht worden sind, an deren Verwirklichung kein politisch reifer Mensch im Reich denken konnte und deren öffentliche Erörterung, wenn sie möglich gewesen wäre, auch gezeugt hätte, daß das deutsche Volk sie ablehnt. Keine Karte hat gegen diese Eroberungspläne sofort entschiedene Verwerfung eingelegt. Im Ausland sind sie benutzt worden, um die Fortsetzung des Krieges immer wieder von neuem als absolut notwendig nachzuweisen. Annektionen volkstümlicher Gebiete verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer will übrigens ernsthaft bestreiten, daß durch solche Annektionen die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt werden könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere politischen Verhältnisse nach außen mühten dadurch dauernd schwerer geladene werden, eine immerwährende Kriegsgefahr und immer drückender werdende Rüstungslasten wären die absolut sichere Folge.

Ebenso schärf wie diese Annektionspläne weisen wir auch die gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsabsichten der feindlichen Mächte zurück. Was in die jüngste Zeit hinein ist von Staatsmännern feindlicher Mächte gesagt worden, vom Frieden mit uns keine Rede sein, bevor der dreihundertjährige Militarismus vernichtet und Elfsch-Lothringen an Frankreich gefallen sei. Unsere Gegner verstehen unter dem Militarismus, den sie zerstückeln wollen, etwas anderes als wir. Sie wollen unsere Herr, in denen unsere Söhne und Brüder stehen, vernichten. Was wir als Militarismus bekämpfen, ist eine Angelegenheit, die innerhalb unserer Landesgrenzen zu entscheiden ist, so wie über den französischen Militarismus und den englischen Marineismus jenseits der Bogen und jenseits des Kanals zu bestimmen sein wird. Den Gedanken einer Angliederung Elfsch-Lothringens an Frankreich, einerlei in welcher Form sie erstrebt wird, lehnen wir ab. Ich bitte mit keinem Wort zu machen, wenn ich nur wenig rede von den vielen unerfreulichen Auslassungen in Frankreich, England und Rußland. Ich weiß, daß der englische Ministerpräsident sich noch jüngst wieder zu seinem alten Programm der Vernichtung des deutschen Militarismus bekannt hat. Ich weiß, daß der französische Ministerpräsident vor kurzem noch das gleiche Ziel und noch andere erneut aufgestellt hat. Aber was ist in diesem Kriege nicht schon alles geredet worden. Ich trete ein für baldigen Frieden, und spreche deshalb nur von solchen Versicherungen, aus denen ebenfalls die Sehnsucht nach dem Frieden klang.

Wie mein Freund Ramsay MacDonald in England für den Frieden zu wirken bemüht ist, dürfte Ihnen bekannt sein. Im Unterhause sprach Trevelyan für den Frieden, im Oberhause sagte Lord Ribblesdale nach dem Mittelweg. Lord Curzon sprach sich im Oberhause am 8. November über die für England wenig befriedigende militärische Lage aus und fuhr fort: „Die Lage ist in der ganzen Welt ohne Beispiel. Jede große Nation glaubt, daß der Krieg ihr aufgezogen wurde. Alle glauben, daß sie im Rechte sind und nur durchhalten müssen, um zu siegen... Wenn der Krieg endlos fortgeht, so werden Revolutionen und Anarchie folgen... Die Menschen mühen sich konstruieren, um einen Ausweg zu finden, der nicht jede ehrenhafte Gelegenheit ergreifen würde, um einen Ausbreitungskrieg zu verhindern, der das schreckliche Unglück wäre, das die Menschheit treffen könnte.“ Lord Courtney führte aus, daß die ruhmvolle Leidenschaft für nationale Unabhängigkeit verdrängt werden müsse mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft, wenn die Zivilisation bestehen bleiben solle. Deutschland glaube ebenso sehr an England daselbst, was es sagt. Aus der Sadgasse müsse es einen Ausweg geben. Offen bekannt hat dieser Friedenslehrer, daß es an der Zeit und verständlich sei, öffentlich von Friedensverhandlungen zu sprechen. Wir Sozialisten haben das bereits seit vielen Monaten getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der italienischen Kammer verlangte der Sozialist Treves einen Frieden, der nicht die äußerste Erschöpfung der Staaten bedeuten würde, einen Frieden ohne Annexion. Das sagte er der italienischen Regierung ins Gesicht, die den frechsten aller jemals gekündeten Annexionskriege erst begonnen hat, nachdem die Schreden des Weltkrieges schon viele Monate lang alle Welt mit Entsetzen erfüllt habe. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen den Frieden, das klang auch aus dieser Rede heraus. In einem französischen Feldpostbriefe heißt es: „All die Männer, die der Krieg zusammenbringt, haben nur den einen Wunsch, daß er sich niemals wiederholen möge, und daß es ihren Söhnen erspart bleibe, seine Schrecken zu lernen, und nur deshalb wollen sie trotz ihrer Müdigkeit bis zum Ende aushalten.“

Alle Welt sehnt sich nach Frieden.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur soll man nicht darüber reden, weil das ein Zeichen der Schwäche sei. Wie all die andern, so war auch Lord Courtney verständlich genug, sich an diese Redensart nicht zu legen. Leider hat es auch bei uns nicht an sogenannten Politikern gefehlt, die die Rede Lord Courtneys mit wildem Kriegsgeheul beantwortet haben. Das sind die Kriegswüterer, wie sie in allen Ländern gedeihen. Die Kriegsbegeisterung dieser gemeinehrwürdigen Heber- und Raubhelden wächst mit dem Grade ihrer Gelddienunfähigkeit. (Lebhaftes Zustimmung.) Lord Courtneys Rede ist ebensowenig ein Zeichen der Schwäche, wie es leicht wäre, meine Rede im Ausland so zu deuten. Was ich heute hier über den Frieden sage, habe ich schon vor nahezu Jahresfrist in großen Versammlungen öffentlich ausgesprochen. Und viele Tausende pflichteten mir bei, als ich mich gegen die Annexionsschwärmer wandte. Ich sprach da nicht meine Privatansicht aus, sondern die Auffassung meiner ganzen Partei. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß man in England und Frankreich unausgesetzt hinweist auf den angeblich bevorstehenden baldigen Zusammenbruch Deutschlands. In nachgerade langweilige werdender Eintönigkeit wird auseinandergelegt, daß wir bald nicht mehr genügend Menschenmaterial haben werden, und daß Mangel an Kriegsmaterial und Lebensmitteln uns bald auf die Knie zwingen werde. Das eine ist so falsch wie das andere. Daß es übrigens heutzutage im Kriege nicht mehr allein auf die Zahl der Mannschaften ankommt, ist doch wohl klar genug durch Hindenburg an der russischen Dampfwalze demonstriert worden. (Sehr richtig!)

Der Krieg hat in allen europäischen Ländern, auch in den neutralen, schlimme Folgen gezeugt.

Europa richtet sich systematisch zugrunde

und die Vereinigten Staaten von Nordamerika machen ein glänzendes Geschäft, wollte man das doch endlich auch in England und Frankreich anerkennen. Wie man sich dort auf den Gedanken verfallen

konnte, die Verhältnisse dort seien noch wesentlich besser als bei uns, ist wirklich kaum verständlich. Der Senator Humbert, ein Spezialist in Militärfragen, schreibt ganz offen, daß Frankreich infolge der neuesten Aushebungsmassnahmen seiner Erschöpfung der militärischen Kraft entgegengehe, und er schließt auch in den düstersten Farben die wirtschaftlichen Folgen dieser Massnahmen. Die Ausföhrungen dieses angesehenen Franzosen sind ein erschütternder Rotschrei über die Zustände seines Landes.

Wie steht es mit der Ausföhrung unserer Völles? Dieser Plan der englischen Kriegsföhrung ist gescheitert, weil er scheitern mußte. Gewiß, es mangelt uns an diesem und jenem; wir haben uns an mancherlei gewöhnen müssen und werden uns, wie an die Brotkarte, so auch noch an Fleisch-, Fett- und Butterkarten gewöhnen, deren Einführung meine Partei ja selbst beantragt hat. Wir haben vor kurzem wieder 20 und mehrere Millionen lebender Schweine gezöht, wir haben 55 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet. Zur Ernährung unserer Völles gebrauchen wir noch nicht etwa 15 Millionen, wir haben also für Futterzwecke und zur industriellen Verarbeitung nahezu drei Viertel der gesamten Ernte zur Verfügung. Rein, ausgehungert kann unser Volk nicht werden. (Sehr wahr.) Nachdem wir auch noch den Donauzug offen haben, sollten unsere Gegner doch endlich einsehen, daß ihre Spekulation falsch gewesen ist. Wenn es Versicherungen der Unzufriedenheit gegeben hat, die im Ausland phantastisch ausgeschmückt wurden, so deshalb, weil nicht schnell und wirksam genug eingegriffen wurde, um gewissenlosen Produzenten und Spekulanten das Baderhandwerk zu legen. Je weniger einschneidend manche behördliche Massnahme war, um so geräuschvoller wurde sie amtlich in der Presse ausposaunt. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn man im Ausland daraus nicht gefolgert hätte, daß wir mit unseren Lebensmitteln am Ende seien. (Sehr richtig!) Die Frage unserer Völlesernährung im Kriege ist eine Frage der Organisation und wirtschaftlichen Entschlossenheit. Wehe der Regierung, die hier dauernd versagte, sie würde dem Vorn des Völles nicht standhalten können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Hoffnungen unserer Gegner auf unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch sind unbegründet, ebenso die auf unseren militärischen Zusammenbruch. Es ist geradezu verbrecherisch, wenn von Staatsmännern und Politikern der gegen uns kriegsföhrenden Länder ihren Völles immer wieder vorgegaukelt wird, daß die militärische Situation sich zu unseren Ungunsten wesentlich ändern könnte. Aber was sie auch reden mögen, an unerföhrlichen Tatsachen vermag sie nichts zu ändern, und nach diesen Tatsachen sind wir es, die jetzt von Frieden sprechen können, und deshalb auch vom Frieden sprechen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es einen Menschen im Lande, der nicht froh wäre, wenn wir dem furchtbaren Kampfe ein Ende machen könnten? Nein! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die Arbeiter, auch die Gewerbetreibenden, die Geschäftleute und kleinen Völkern wünschen einen Frieden, der unsere wirtschaftliche Entwicklung und politische Unabhängigkeit sichergestellt. Und sehen nicht auch die Mütter, Frauen und Kinder der feindlichen Soldaten ebenso heiß das Ende des Kriess herbei, wie es bei uns der Fall ist. Könnte die Presse in den kriegsföhrenden Staaten frei über die Kriegsziele und den Friedenswillen schreiben, mit elementarer Gewalt würde in allen Ländern der Friedenswille zum Durchbruch kommen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich verlangen wir Sozialdemokraten auch in dieser Tagung wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.

Im Auftrag unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei habe ich zu erklären, daß sie sich vollkommen einig weiß mit uns in der Pflicht zur Landesverteidigung wie in dem Willen zum Frieden. Unsere Freunde können dies nicht aussprechen, da ihr Reichsrat nicht zusammenberufen wird. (Hört! hört!)

Je höher ein Volk in der Kultur steht, um so größer wird die Sehnsucht sein, seine ganze Kraft friedlicher Kulturarbeit widmen zu können. Wer einer Regierung, die unserem Erdball den Frieden zu verschaffen sich bemüht, in den Arm fiele, der wäre ein Verbrecher an der ganzen Menschheit. Wir Sozialisten in allen Ländern haben die imperialistische Politik der europäischen Großstaaten alle Zeit bekämpft; wir tröhten, daß sie, abgesehen von allem andern, die Gefahr einer furchtbaren Katastrophe in sich trug. Wie zum Tage des Ausbruchs des Krieges haben wir mit allen Kräften gegen den Krieg gewirkt. Wir und unsere Parteigenossen in den andern Ländern waren zu schwach, um ihn verhindern zu können. Als dann der Krieg über uns hereinbrach, war es selbstverständlich, daß wir unser Land, seine Unabhängigkeit und seine Kultur zu schützen hatten. Ich brauche nur an Oppenheim zu erinnern, um zu zeigen, wie groß die russische Gefahr gewesen ist.

Aber unmittelbare Gefahren drohen unseren Grenzen jetzt nicht mehr.

Da ist es unsere Pflicht, die Frage an den Reichskanzler zu richten, ob er nicht Auskunft geben kann über

die Bedingungen,

unter denen er in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist. Der Reichskanzler weiß, daß das deutsche Volk einmütig und geschlossen in den Kampf gegangen ist, um Heim und Herd zu verteidigen. Er kann aber auch darüber nicht im Unklaren sein, daß das Volk den Krieg keinen Tag länger führen will, als unbedingt nötig ist, das Ziel zu sichern. Für unser Land und seine Unabhängigkeit setze unser Volk alles ein, zur Erreichung kapitalistischer Sonderinteressen will das Volk nicht das Leben auch nur eines einzigen unserer Soldaten aufs Spiel gesetzt wissen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns bezieht der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. Diese Worte aus der Thronrede vom 4. August 1914 sollten an keiner Stelle vergessen werden, vor allem nicht da, wo die Verantwortung am schwersten lastet. Wenn sich der Reichsregierung die Möglichkeit bietet, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volk die politische Unabhängigkeit, die Unberücksichtigung des Reiches und die Entwicklungsfreiheit sichert, fordern wir, daß sie Frieden schließt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie die Möglichkeit hat, auf Grundlage dieser Bedingungen in Friedensverhandlungen einzutreten, dann muß sie es tun im Interesse der menschlichen Kultur. Wir werden dann zusammenstehen und unsere ganze Kraft zusammennehmen, um diejenigen in Schranken zu weisen, die etwa diesen Frieden nicht wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Millionen von uns zu Beginn des Krieges entschlossen zu den Fahnen eilten, so taten sie es nicht in der Absicht, die Welt dem deutschen Willen zu unterwerfen, sondern um zu verhindern, daß der Wille, die Einheit, die staatliche Stellung des eigenen Volkes durch eine gewaltige feindliche Koalition gebrochen und zerschmettert werde. Ein friedliches und besonnenes Volk wie das deutsche mag in Augenblicken höchster Erregung sich dem Vorn übermannen lassen, aber es schwelgt nicht in Rache- und Vernichtungsgedanken. Es sucht seinen freien Platz in der Welt neben den andern, nicht über den andern.

Ich habe offen geredet und kann offen sagen, daß wir den

Frieden wollen, weil das deutsche Volk stark genug und entschlossen ist, auch fernherhin Heimat und Herd zu schützen, wenn die Gegner den Frieden nicht wollen. Der Reichskanzler weiß, daß die ganze Welt seine Antwort auf unsere Frage mit atemloser Spannung erwartet. Ich hoffe, daß er das erlösende Wort finden und seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aussprechen wird. Unsere heutige Sitzung kann von weltgeschichtlicher Bedeutung werden. Von dem Reichskanzler hängt in dieser Stunde unendlich viel ab. Alle Welt wird sich auf die Seite dessen stellen, der die Hand zum Frieden bietet. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wehe denen, die sie ablehnen. Ihre eigenen Völles werden sie zur Rechenschaft ziehen. Fluch beladen würden sie in der Geschichte fortleben, die die Friedenshand zurückweisen, um den furchtbaren Krieg bis zur vollkommenen Verblutung Europas fortzuführen. Ich schließe mit dem Wunsch, daß der unendliche Ruhm, den ersten entscheidenden Schritt zur Beendigung des furchtbaren Krieges getan zu haben, unserm Lande gesichert wird. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren, diese Interpellation hat im feindlichen Ausland beträchtliches Aufsehen erregt, zumeist freudiger Natur. Man will in der Frage nach den deutschen Friedensbedingungen ein Zeichen des nachlassenden deutschen Kraft und den beginnenden Verfall der Einmütigkeit des deutschen Volkes erblicken. Nun, meine Herren, ich hoffe und ich glaube, daß diese eben gehörte Begründung der Interpellation in der Hauptsache die freudigen Erwartungen unserer Feinde nicht enttäuscht, sondern enttäuscht wird. (Sehr richtig!) Gewiß wünschen die Interpellanten den baldigen Beginn von Friedensverhandlungen. Aus den Ausführungen des Vorredners sehen wir die Befürchtung herauszuklingen, wir könnten der Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens aus dem Wege gehen, vernünftige Friedensangebote, die uns gemacht würden, ablehnen, weil wir alle eroberten Länder behalten oder noch neue dazu erobern wollen. Ich muß aber anerkennen, daß zu der Artung den Krieg bald zu beenden und öffentlich zu sagen, wie sich die deutsche Regierung den Frieden denkt, die bisherige Geschichte des Krieges ganz natürlich hinleitet. (Hört! hört! links.) Wir haben ungeheure Erfolge erzielt, wir haben unseren Feinden eine Hoffnung nach der anderen genommen, mit äußerster Zähigkeit haben sie sich nach dem Verlust der einen Hoffnung auf die andere gestützt. Solange noch die Hoffnung auf Bulgarien bestand, und die Türkei ohne Verbindung mit den beiden Kaiserreichen kämpfte, konnten wir nicht erwarten, daß sie die Hoffnung aufgeben würden, die bisherigen gegen sie gefallenen Waffenentscheidungen in der einen oder anderen Weise rückgängig zu machen. Jetzt nach der mit Bulgarien hergestellten Waffenvereinbarung, nach den großen Siegen in Serbien, nach der Öffnung des Weges nach der Türkei und der damit verbundenen Bedrohung der empfindlichen Stellen des englischen Weltreiches (Hört! hört!), muß da nicht bei unseren Feinden mehr und mehr die Erkenntnis sich festsetzen, daß das Spiel für sie verloren ist, und muß da nicht manchem Planke unter uns, der sieht, daß der Krieg sich nicht auf unsere Kosten weiter ausdehnen wird, der Gedanke aufsteigen: Warum noch weitere Opfer? Warum bietet die deutsche Regierung nicht einen Frieden an?

Tatsächlich hat keiner unserer Feinde uns Friedensangebote gemacht. Tatsächlich haben unsere Feinde vielmehr es als ihr Interesse angesehen, uns — ich habe darauf vorhin schon hingedeutet — fälschlich Friedensangebote anzubieten. Weides hat denselben Grund: eine Selbsttäuschung, sonderbar, die wir nur sehr langsam wahrnehmen würden, wenn wir mit Friedensangeboten kämen (Lebhaftes Zustimmung), statt daß sie uns kommen. Wenn ich über unsere Friedensbedingungen spreche, muß ich mir zuerst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Feinde haben im ersten Augenblicke der Hoffnung, die sie zu Beginn auf einen leichten Sieg setzen zu müssen meinten, ausschweifende Kriegsziele aufgestellt. Sie haben die Zerkünderung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, für diesen Zweck 20 Jahre aufwenden (Heiterkeit). Inzwischen ist man über eine solche Dauer des Krieges besorgt geworden, aber das Engländer trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit daselbst geblieben. Ich verweise auf die von der vielgelesenen „National Review“ aufgestellten Kriegsziele, die mit wenigen Ausnahmen fast von der ganzen englischen Presse übernommen wurden. Sogar ein sehr gemäßigtes englisches Blatt hat außer der Zurückgabe Elfsch-Lothringens an Frankreich als Friedensbedingung aufgestellt die Vernichtung des sogenannten preussischen Militarismus, die Zerkünderung der Türken aus Europa und die Herstellung eines Groß-Serbiens im Osten. (Lachen.) Von anderer Seite ist die Abtreibung der ganzen linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes gefordert worden, und der „Labour Leader“ meint, mit dieser Forderung habe die Regierung einen Föhrer austreten wollen. (Heiterkeit.) Also es ist alles beim Alten geblieben. Deutschland muß vernichtet werden. So klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elfsch-Lothringen gefordert. Kanotauz hat noch ganz kürzlich im „Figaro“ im Gegenjag zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elfsch-Lothringen zu erobern. (Hört! hört!) Wie scheint, der Abg. Schreiermann wollte andeuten, daß solche Föhrungen kaum die wahre Stimmung des Volkes wiedergäben. Es mag sein, daß bei den Feinden einzelne nachdenkliche Männer, die sich von der militärischen Lage Rechenschaft ablegen, im Grunde ihres Herzens wünschen, daß dem entsetzlichen Blutvergießen bald ein Ende gemacht werden möge. Aber ich sehe nicht, daß diese Männer auch durchdringen. Vielmehr gehört ihnen einmal die Zukunft, die Gegenwart gehört ihnen noch nicht. (Lebhaftes Zustimmung.) Die Oberhausreden, auf die der Vorredner näher eingegangen ist, haben in der englischen Presse mit sehr wenigen Ausnahmen keinen Widerhall gefunden. Aber sie haben die wilden Kriegsziele herausgefordert, von denen ich vorhin gesprochen habe. Darüber kann ich nicht hinwegkommen. Völlig entscheidend aber für mich sind die Reden der Minister. Mr. Asquith hat in seiner Guild Hall-Rede verkündet, sein Kriegsziel sei noch daselbst wie bei Ausbruch des Krieges, nämlich die Befreiung der kleinen Völles von der Gefahr, vom preussischen Militarismus vernichtet zu werden. Ueber diese kleinen Völles habe ich ja auch vorhin schon gesprochen. Mehr als ein Jahr lang hat die Welt den englischen Versicherungen Glauben geschenkt. Jetzt nach den Vorkommnissen in Griechenland wird sie wohl von dem Glauben luriert sein, ja vielleicht sind auch die kleinen Völles selbst inzwischen luriert worden. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir in Deutschland haben vom ersten Tage an gewußt, daß hinter diesem Schutz der kleinen Völles und der kleinen Staaten sich die Sucht verbarg, den großen Staat, dessen Aufwachen man so lange mit Reid und Mißgunst verfolgt hat, ein für allemal abzutun. (Sehr richtig!) Und das nennt man dann Vernichtung des preussischen Militarismus! Diese englische Parole ist von allen Alliierten übernommen worden. Sie haben übereinstimmend erklärt, sie würden das Schwert nicht in die Scheide stecken, bevor nicht der preussisch-deutsche Militarismus niedergebungen ist. Daneben hat jeder Alliierte seine besonderen Forderungen. Der englische Kolonialminister will das Nationalitätsprinzip durchführen und aus diesem Grunde Elfsch-Lothringen Frankreich und Polen Rußland zurückgeben. Weis der englische Kolonialminister, daß in den Reichsländern von rund 190000 Einwohnern über 87 Proz. deutschen und noch nicht 13 Prozent französischen Ursprungs sind. (Hört! hört!) Es nach dem Nationalitätsprinzip Polen zu Rußland gehöri, ist noch mindestens zweifelhaft. (Heitere Zustimmung.) Es wäre auch ganz interessant, von England einmal zu hören, was nach dem Nationalitätsprinzip aus Indien und Ägypten wird. (Große Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.) Ministerpräsident Bismarck will außer der Wiederherstellung Serbiens und Belgien unter allen Umständen Elfsch-Lothringen haben, und Herr Tschernow hat ziemlich deutlich auf Konstantinopel

hingewiesen. Der tatsächlichen militärischen Sachlage entsprechen diese Kriegsziele der feindlichen Regierung sehr wenig. Es hiesse aber, die Situation verkennen, wenn ich diese Aeußerungen der feindlichen Minister nur als Waff ansetzen und nicht ernst nehmen würde. Die Lage ist doch so: unter der Protektion der Regierungen sind die Völker unserer Feinde von Anfang an durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügennachrichten aller Art über die Wirklichkeit getäuscht und mit einem unausslöschlichen Haß gegen uns erfüllt worden. (Sehr richtig!) Nun sieht man, daß mit all dem sich keine Siege erzielen lassen, ja man hat reichlich militärische und diplomatische Niederlagen erlitten. Gelatomben sind geopfert worden! Man kann es den Völkern nicht mehr verbergen, daß wir weit in Feindesland stehen, daß wir den Weg nach Südosten geöffnet haben, und daß wir sehr wertvolle Hauptstädte in der Hand haben. Aber das ceterum censeo, daß Deutschland vernichtet werden soll, ist trotzdem nicht aufgegeben worden. Man hat sich so fest darauf verbeissen, daß man davon nicht mehr loskommt. (Sehr richtig!) Und deshalb müssen weitere Hunderttausende auf die Schlachtbänke geführt werden. Als neuestes Reizmittel zur Aufstachelung blinder Kriegswut gilt die Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg. Doch unsere Lebensmittel reichen, daß es nur darauf ankommt, sie richtig zu verteilen, darüber sind wir auch mit der Partei des Vordereins einig. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein Gebiet von Atrax bis Mesopotamien kann wirtschaftlich nicht erdrückt werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Hoffnungen auf einen Mangel an Lebensmitteln bei uns unsere Feinde enttäuschen sollten, dann hoffen sie auf unseren Mangel an Rohstoffen. Wir sind auf eine lange Kriegsdauer mit allem Möglichen versehen. (Hört! hört!) Eine ganze Reihe von Rohstoffen, die wir vor dem Kriege nur aus dem Auslande bezogen, können wir jetzt selbst herstellen. (Dravol!) Die dazu erforderlichen Rohstoffe sind im Betrieb. (Erneuter Dravol!) Von Metallen hat man gemeint, daß Kupfer einmal knapp werden könnte. Wenn wir aber auf das bereits verarbeitete, aber erschaubare Kupfer zurückgreifen, dann reichen wir für viele Jahre. (Dravol!) Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Massen gefunden. Baumwolle bekommen wir jetzt auch über die Donau. Mit dem Gummi haben wir Haus. Wir stellen jetzt mit Erfolg künstlichen Gummi her. Aber wenn er einmal knapp werden sollte, glaubt denn jemand im Ernst, und wegen des Mangels an Gummi vernichten zu können? (Große Heiterkeit.) Und nun die Erschöpfung an Menschen! Der Abg. Scheidemann hat sehr zureichend darauf hingewiesen, daß die Geschichte dieses Krieges gezeigt habe, daß es auf die Zahl allein nicht ankommt. Ganz unverständlich ist, wie Frankreich, das dieselbe Frankreich, das den Jahrgang 1916 zum größten Teil schon eingezogen hat, von der Erschöpfung des deutschen Menschensmaterials sprechen kann. (Sehr richtig!) Wir sind mit der Heranziehung der Dienstpflichtigen lange nicht soweit gegangen, auch nicht wie Frankreich, das die Wehrpflicht über das 45. Lebensjahr ausgedehnt hat. (Hört! hört!) Bei der uns noch zur Verfügung stehenden Zahl an Wehrpflichtigen denken wir nicht daran, die Grenzen weiter zu ziehen. (Hört! hört!) Unsere Verluste sind nicht nur relativ, sondern auch absolut geringer als die französischen Verluste. Wir haben 30 Millionen Einwohner mehr als Frankreich. Unsere Verluste, wenigstens geringer als die französischen Verluste, sind uns unendlich schmerzlicher. Herr Briand hat der französischen Frauen, ihrer Tränen und ihrer Tapferkeit gedacht. Glaubt jemand, daß die deutschen Frauen nicht ebenso tapfer sind, ihr Vaterland nicht ebenso heiß lieben? Unsere Feinde sollen versuchen, uns zu vernichten. Wenn wir um Haus und Hof kämpfen, geht uns der Atem nicht aus. (Stürmischer Beifall.)

Wohin der gegen uns gerichtete Haß führt, das sieht man mit Schrecken an dem Baralong-Hall. (Sehr wahr!) — Juruse: Eine Schande für England! Die Befragung eines englischen Kriegsschiffes hat in abschätziger Weise die hilflose Mannschaft eines deutschen U-Bootes eemordet. (Stürm. Juruse.) Diese gräßliche Mordtat ist von der englischen Presse völlig totgeschwiegen worden. Oh aus Scham! Wir wissen es nicht. Auf den Geist ihrer Marine sind die Engländer immer sehr stolz gewesen. Wie wollen sie diese gräßliche Mordtat verantworten, diesen feigen kalten Mord an wehrlosen und hilflosen deutschen Matrosen? (Sehr gut!) Sie wird für alle Zeiten für die englische Marine ein unheilbarer Schandfleck bleiben. (Lebhafter Zustimmung.) Ich habe diesen Fall herausgegriffen, obwohl man in der englischen Presse noch manches englische Zeugnis für das Vorhandensein eines ähnlichen Weibes findet. (Hört! hört!) Ich erinnere nur an die Berichte des „Daily Chronicle“ aus dem englischen Hauptquartier, in denen die Lust der englischen Soldaten an der Hingung der Deutschen in so scheußlicher Weise dargestellt und verherrlicht worden ist, daß ich mich scheue, solche Worte auch nur in den Mund zu nehmen. (Lebhafter Hört! hört!) Bei unseren Truppen ist die Tötung des Gegners wahrlich kein Scherz und kein Sport, wir vernehmen solche niedrige Gesinnung. (Sehr wahr!) Unsere Truppen tun ihre Pflicht als Träger menschlicher Kultur, und sie sind darum gerade brave Soldaten und gute Deutsche. (Lebhafter Zustimmung.) — Der Reichsfangler spricht die folgenden Sätze in großer Erregung: Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichen aller Kriege und seiner Dauer geschrieben wird, dann wird sie das entsetzliche Unheil aufdecken, das Haß, Verstellung und Unkenntnis angerichtet haben. (Sehr richtig!) Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Nachbarn besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht,

wäre ein Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nicht verkürzen, sondern verlängern würde! (Lebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Damit müssen wir rechnen. Mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts, und vor allem, wir kommen nicht zu Ende. (Erneute Zustimmung b. d. bürgerl. Parteien.) — Abg. Reibrecht: Eroberungspläne! — (Lachen.) Friedensangebote unserer Feinde, die der Würde und Sicherheit des Deutschen Reiches entsprechen — ich wiederhole es immer wieder — sind mir allezeit bereit, zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein unserer unbestreitbaren und unerschütterlichen glänzenden militärischen Erfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Unheils ab. (Lebhafter Zustimmung.) Es soll nicht heißen, daß wir den Krieg auch nur um einen Tag verlängert haben, weil wir noch dieses oder jenes Kaufpfand dazu erobert wollten. In meinen früheren Reden habe ich unsere allgemeinen Kriegsziele auseinandergesetzt. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Rechtsgrundlagen für diese Garantie für notwendig erachtet. Aber eines sollen sich unsere Feinde selbst sagen: Je länger und verblitzter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen unsere Garantien, die wir fordern müssen. (Stürmische Zustimmung im Hause und Bändellatschen auf den Tribünen.) Wenn unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufzurichten wollen, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. (Erneute lebhafter Zustimmung und Bändellatschen im Hause und auf den Tribünen.) Wieder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute auf Eines feststellen, durch die sie uns von morgen ab erneut und schärfer als bisher bedrohen können. (Wiederholter Beifall und Bändellatschen.) Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Entleihen auf Ausland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Ausland seine politischen Forderungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaut, und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich als Aufmarschgebiet gegen uns betrachten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und auch wirtschaftlich sichern. (Sehr wahr!) Was dazu nötig ist, muß erreicht werden. (Stürmischer wiederholter Beifall und Bändellatschen im Hause und auf den Tribünen.) — Protestrufe des Abg. Dr. Liebknecht: Ich denke, es gibt im deutschen Vaterlande niemanden, der nicht diesen Zielen zustimmt. Welche Mittel zu diesem Zweck nötig sind, darüber müssen wir uns die Entscheidung vorbehalten. Wie ich schon am 19. August gesagt habe: wir sind es nicht, die die kleinen

Völker bedrohen oder unterjochen wollen. Wir führen diesen uns aufgezwungenen Kampf allein um den Schutz unseres Lebens und unserer Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Für die deutsche Regierung ist dieser Kampf das, was er von Anfang an war und immer ist in allen ihren Kundgebungen unverändert festgehalten hat: ein Verteidigungskrieg des deutschen Volkes. Dieser Krieg darf nur mit einem Frieden beendet werden, der nach menschlichem Ermessen uns die Sicherheit gegen seine Wiederkehr bietet. Darin sind wir alle einig, das ist unsere Stärke und dabei soll es bleiben. (Stürmischer langanhaltender Beifall und Bändellatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) beschließt das Haus einstimmig die Bezeichnung der Interpellation.

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Im Namen der sämtlichen Mitglieder dieses hohen Hauses mit Ausnahme der Interpellanten habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Die Beendigung dieses uns aufgezwungenen Krieges wünschen auch wir. Wir bliden dabei voll Bewunderung und Dankbarkeit auf den ununterbrochenen Siegeszug aller unserer Truppen, die in Gemeinschaft mit unseren tapferen österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Verbündeten von Erfolg zu Erfolg schreiten, ihre ruhmreichen Fahnen weit in Feindesland hineingetragen und soeben das serbische Heer zertrümmert haben. Wir vertrauen auf diese unbesiegbare, allen Angriffen unserer Feinde gewachsene und überlegene Stellung unserer Heere in Ost und West, die uns mit unseren Verbündeten den vollen Erfolg des Krieges verbürgen. (Lebhafter Beifall.) Wir bliden auf die nicht zu erschütternde wirtschaftliche und finanzielle Kraft unseres Volkes und Landes, die uns Ernährung und Rüstung ausreichend sichert. Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausbarten im Kriege entschließen, wir werden in voller Feindschaft, mit ruhiger Entschlossenheit und — lassen Sie mich einfügen: in Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietsveränderungen gewahrt werden müssen. (Lebhafter wiederholter Beifall und Bändellatschen bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Dr. Raempp teilt mit, daß ein von den Führern sämtlicher bürgerlichen Parteien unterzeichneter Schlußantrag eingekommen ist.

Der Antrag wird von sämtlichen bürgerlichen Mitgliedern des Hauses unterstützt. Als der Präsident über den Antrag abstimmen lassen will, meldet sich Abg. Haase (Soz.) zur Geschäftsordnung. Der Präsident erklärt, daß er ihm in diesem Augenblick das Wort nicht geben könne. (Unruhe bei den Sozialdemokraten, fortgesetzte Rufe: „Zur Geschäftsordnung!“ — Mehrere Minuten lang herrschte im Hause starker Lärm. Es scheint, als ob der Präsident den Antrag zur Abstimmung stellt und ihn für angenommen erklärt, zu verstehen ist aber nichts.)

Präsident Dr. Raempp: Nachdem der Antrag angenommen ist, können Sie das Wort zur Geschäftsordnung erhalten. (Juruse bei den Sozialdemokraten: Vergewaltigung!)

Abg. Haase (Soz.):

M. H., der Antrag auf Schluß der Debatte ist, wie ich feststelle, nicht angenommen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag auf Schluß der Debatte war nach dem Geiste unserer Geschäftsordnung und nach der Praxis unseres Hauses unzulässig! (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) und der Herr Präsident als Hüter der Geschäftsordnung und als Beschützer einer Minorität, die hier vergewaltigt werden sollte (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), hatte die Pflicht, sofort zu erklären, daß er die Abstimmung über diesen Antrag nicht zuläßt. (Erneute Zustimmung.)

M. H., dem Wesen der Interpellation entspricht es, daß die Interpellanten in einem Schlußwort das Ergebnis der ganzen Debatte zusammenzufassen die Möglichkeit haben. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Haben die Herren denn gar nicht überlegt, was es für einen Eindruck in unserem Volke (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten) und in der ganzen Welt machen muß, wenn Sie in diesem Augenblick gegen diejenigen, welche der tiefsten Sehnsucht unseres Volkes und der gesamten Welt Ausdruck geben, mit terroristischen Mitteln vorgehen? (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

M. H., gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldedeutigen Aeußerungen des Herrn Reichsfanglers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, daß unser Volk und die Welt erfahren, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne. (Stürmischer Beifall und Bändellatschen bei den Sozialdemokraten.) und ich weise mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Widerspruch.)

Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemischel, das ja alle bedeutet haben (Wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung!), schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet! (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) — Erneute Rufe: Zur Geschäftsordnung! durchdringt von Tränen und Wut! Wir verlangen eine Absage an alle Eroberungspläne. (Zustimmung, Beifall b. d. Sozialdemokraten.) von welcher Seite sie auch kommen und in welcher Form sie sich auch äußern. Wir wollen den Frieden! (Die letzten Worte des Redners gehen in dem einstimmigen stürmischen Beifall und Bändellatschen der Sozialdemokraten verloren. — Große Unruhe im übrigen Teile des Hauses.)

Abg. v. Baher (Wp.):

Ich begreife nicht die Erregung; was der Abg. Haase ausgeführt hat, wäre zureichend, wenn nicht ein Umstand, den er nicht berücksichtigt hat, sehr schwer in die Waagschale fiele. Es ist denen, die den Schlußantrag unterzeichnet haben, nicht eingefallen, den Interpellanten das Wort abzuschneiden. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Hätte Herr Landsberg das Wort ergriffen, so wäre das niemandem lieber gewesen als uns. Bedanken Sie sich bei denen, die diese lebhaftere Szene herbeigeführt haben. Wenn es Ihnen in erster Linie darum zu tun gewesen wäre, auf die Ausführungen des Reichsfanglers zu antworten, dann hätte es dazu unserer Erklärung nicht bedurft. Wir hatten Herrn Landsberg anbeimgestellt, sofort nach dem Reichsfangler zu reden, das hat er abgelehnt. Seinen Wunsch, nach dem Abg. Spahn zu reden, haben wir abgelehnt. (Juruse bei den Sozialdemokraten: Das ist eben die Vergewaltigung!) Sie haben das Recht zu sprechen. (Juruse bei den Sozialdemokraten: Wenn Sie es wollen!) Das verweigern wir Ihnen nicht. Und wir haben ein Recht zu schweigen, wenn wir es im Interesse des Vaterlandes für besser halten. Nur durch Ihren Eigeninn ist es dahin gekommen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rebebour (Soz.):

Ich begreife nicht, daß ein liberaler Abgeordneter, der Präsident eines Parlaments ist, nicht versteht, daß wir hier das Recht

des Parlaments vertreten haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ganz abgesehen von den weitestgehenden wichtigsten politischen Fragen, die dabei in Frage stehen. Herr Baher hat gegen meinen Freund Landsberg den Vorwurf erhoben, daß er nicht das Wort habe ergreifen wollen zu einer Zeit, wo die Mehrheitspartei es ihm geben wollten, nämlich vor dem Redner der Mehrheitspartei, der eine Vertrauensfrage für die Reichsregierung verlesen hat. Diese Umstellung der Rednerliste, die die Herren von den Mehrheitspartei vornehmen wollten, ist es ja gerade, welche meinen Parteigenossen Landsberg veranlaßt hat, es abzulehnen, in der von ihnen gewünschten Reihenfolge zu sprechen, denn das widerspricht jedem parlamentarischen Brauch und jedem Sinn einer Interpellation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach allem parlamentarischen Brauch begründen eine Interpellation die Parteien, die sie eingebracht haben. Nachher haben alle Parteien das Recht zu antworten auf die Antwort des Regierungsvertreters und zwar war die Praxis bisher die, daß erst sämtliche anderen Parteien sprachen und daß dann zum Schluß die Partei des Interpellanten zu Wort kommt, ganz abgesehen davon, daß eventuell noch eine zweite Serie von Rednern aller Parteien das Wort erhält. Weil Sie es aber verhindern wollten, daß überhaupt unser Redner das Wort aus der Debatte ziehen könnte, deshalb haben Sie diese Umstellung vornehmen wollen. Und als das nicht gelungen ist, da haben Sie dem Redner unserer Partei, der den Anspruch auf das von Ihnen allen anerkannte Recht ausüben wollte, nimm mehr das Wort entzogen und einen lächerlichen Rechtsbruch begangen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Große Unruhe bei den anderen Parteien. — Präsident Dr. Raempp ruft den Redner zur Ordnung.) Nach diesem eben vom Herrn Präsidenten unterzeichneten Vorgang hat er selber einer Partei aus dem Hause das Wort zur Geschäftsordnung abgeschnitten und sich dadurch zum Mitschuldigen der Mehrheit gemacht. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das geschieht in dieser Zeit, wo Sie alle damit renommieren haben, daß das deutsche Volk einmütig sei. In dieser Zeit treten Sie das Recht mit Füßen. (Große Unruhe.) Sie haben uns, die größte Partei, verweigert, die Partei, die in diesem Augenblick nicht nur ihre 4 Millionen Wähler hinter sich hat, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach die große Mehrheit des Volkes. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Es ist richtig, daß in der eröffneten Debatte zunächst mir das Wort erteilt werden sollte, und daß dann Herr Abg. Spahn eine Erklärung für alle bürgerlichen Parteien abgeben wollte. Ich habe darin eine Verletzung der Geschäftsordnung erblicken müssen. Wenn einmal die Verprechung einer Interpellation beschloffen worden ist, so versteht es sich von selbst, daß sie den Bestimmungen der Geschäftsordnung unterliegt. Und danach war, nachdem ein Redner meiner Partei die Interpellation begründet hatte, zunächst ein Redner der übrigen Parteien an der Reihe das Wort zu nehmen. Aber auch aus sachlichen Gründen mußte ich über den Beschluß der Mehrheitspartei erlaube sein. Wir sind doch nicht hierher gekommen, um Monologe zu hören, meine Freunde und ich, wir haben gemeinsame Sorgen, es liegt uns doch die Zukunft unseres Vaterlandes am Herzen. Sollten wir dieser gemeinsamen Sorge nicht in einer geordneten sachlichen Aussprache Ausdruck geben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Gründen habe ich mich an die Herren gewandt, ich habe ihnen Vorstellungen gemacht und sie gebeten, sie möchten es bei der Geschäftsordnung lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um mein Ziel zu erreichen, habe ich mich — darauf habe ich ein Recht! — zunächst an der Rednerliste streichen lassen. (Hört! hört!) Herr Abgeordneter Spahn nahm dann Rücksprache mit den Führern der übrigen Parteien und teilte mir als Ergebnis mit, daß es bei dem Beschluß bleibe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Darauf bin ich, da mir nichts anderes übrig blieb, sofort auf die Tribüne gegangen und habe mich wieder zum Wort gemeldet. Herr Baher sagt, niemand bedauere mehr als er, daß ich nicht zu Wort gekommen bin. Ja, weshalb haben Sie denn den Schlußantrag angenommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Bedauern kann ich mir nicht hoch beizumessen. Es ist hier offensichtlich ein Versehen im Bureau vorgekommen und dieses Versehen haben Sie ausgenutzt. Was ist die Folge? Meine Freunde und ich haben einem ehrenvollen Frieden dienen wollen, wir haben die Einigkeit des deutschen Volkes unterstreichen und bekräftigen wollen, und Sie haben da einen Stich hineingebracht. (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann:

Verstöße gegen die Geschäftsordnung des Hauses sind öfter vorgekommen. Darin sehe ich nicht das schlimmste. Das schlimmste ist überhaupt das ganze Verfahren der Mehrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich finde es — nehmen Sie es mir nicht übel — geradezu unethisch, daß das Verhalten der Herren, die so verfahren sind, ein so kurzfristiges gemein ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das können Sie gar nicht verantworten. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Ich darf daran erinnern, daß es früher vorgekommen ist, daß die Partei, die interpelliert hatte, zum Schluß nicht mehr zu Wort kam. Das wurde im ganzen Hause als ein großer Mißstand empfunden, wir haben uns deshalb vor vielen Jahren einmütig dahin verständigt, daß unter allen Umständen selbst auf die Gefahr hin, daß eine kleinere Partei mal ausgeschaltet wird in der Debatte, daß jedenfalls die Partei, die die Interpellation begründet hat, zum Schluß das Wort erhält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das war bisher ganz selbstverständlich. Ich traue Ihnen so viel Einfluß zu, daß Sie jetzt wenigstens einsehen, was Sie angerichtet haben, aber das kann mir und meinen Freunden jetzt nichts mehr nützen. Ich erhebe jedenfalls den schärfsten Protest gegen das hier angewandte Verfahren. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bassermann (natl.):

Von einer Absicht, dem Abgeordneten Landsberg das Wort nicht zu geben, war bei den bürgerlichen Parteien absolut nicht die Rede. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich lediglich um die Reihenfolge gehandelt. Das Mißverständnis bedeutet ich lebhaft, und ich glaube, auch die Herren von den anderen Parteien bedauern es, aber wir haben es nicht verhindert. Von einem lächerlichen Bruch der Geschäftsordnung kann gar keine Rede sein. Ein Schlußwort ist verfaßt bei Initiativanträgen, bei Interpellationen kennt unsere Geschäftsordnung ein Schlußwort nicht. Wiederholt sind in der Debatte erst die Vertreter der größten Fraktion zu Wort gekommen und die Sozialdemokratie ist die größte Fraktion des Hauses.

Abg. Schulz (Wp.):

Was trifft auch nicht ein Punkt der Sozialdemokraten. (Belächler bei den Sozialdemokraten.) Daß die Herren Sozialdemokraten als stärkste Partei den ersten Redner zu stellen haben, ist durch Übung des Reichstags festgestellt und wir haben uns nur an diese Übung gehalten. Sie sind schuld, wenn Sie von dieser Übung abweichen wollen. Nachdem und nun aber Herr Landsberg erklärt hat, daß er bereit gewesen ist, als erster zu sprechen und daß durch ein Versehen die ausreißende schnelle Mitteilung an den Herrn Präsidenten unterblieben ist, habe ich für meine Person nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Landsberg hier zur Sache spricht. Ich stelle also den Antrag, daß der Herr Präsident das Haus befragt

Die Diskussion nochmals eröffnet und der Abg. Landsberg das Wort erhalten soll. Abg. Stadthagen (Soz.): Das ist geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig!

Abg. Liebknecht (Soz.):

(mit Anruf empfangen): Gegenüber dem Abg. Wassermann stelle ich fest, daß jedenfalls immer unbedingt daran festgehalten werden ist, daß der interpellierende Partei der letzte Redner gehört. (Widerpruch.) Das gehört zum Wesen der Interpellation. Ich behaupte, daß noch niemals gegen den Willen der interpellierenden Partei anders verfahren ist. Zu dem Vorgehen der Mehrheit des Hauses kommt in diesem Falle noch hinzu das Vorgehen des Herrn Reichskanzler, der mir das Wort nicht einmal zur Geschäftsordnung hat geben wollen. (Hört! hört!) Diese Vergewaltigung ist eine blutige Illustration zum Wort von der deutschen Einigkeit. Das, was ich seit jeher als Lüge und Reglement überzeichnet habe, der „Burgfriede“, hat sich heute in Wahrheit als Lüge entpuppt. (Gelächter.) Ich gratuliere dem Herrn Reichskanzler und Ihnen allen, aber der Triumpierende bei dieser Debatte ist die Sozialdemokratie. (Erneutes Gelächter.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Abg. Schulz hat beantragt, meinem Parteigenossen Landsberg noch das Wort zu erteilen. Einen solchen Antrag würde ich für unzulässig halten. (Wahl rechts.) Etwas anderes wäre, wenn der Antrag käme, die Besprechung der Interpellation wieder aufzunehmen. (Zurufe: Das ist ja beantragt!)

Abg. Bayer (Rp.):

Ich habe den Eindruck, daß jetzt die Lage über alle Geschäftsordnungsdebatten hinausgewachsen ist. Wir haben ja nicht wissen können, daß der kollektive Landsberg sich zum Wort an erster Stelle gemeldet hat und daß durch ein Versehen des Bureau diese Wortmeldung unter den Tisch gefallen ist. Wir sind also von einer irdigen Voraussetzung ausgegangen und dürfen dies Mißverständnis nicht nachträglich für uns frustifizieren. (Wahl!) Jedenfalls wollen wir, anstatt uns zu streiten über die Traditionen der Geschäftsordnung, nach der Gerechtigkeit und nach dem Nutzen des Vaterlandes sehen. (Sehr gut!) Da wir durch ein Versehen dem Kollegen Landsberg das Wort nicht erteilt haben, wollen wir es ihm nachträglich erteilen. Ich bitte also dem Vorschlag des Abg. Schulz bei und bitte ohne lange Diskussion sich darüber zu einigen, daß man in dieser Stunde mit diesem Mißverständnis ein Ende macht. (Wahl!)

Der Antrag Schulz, die Besprechung der Interpellation wieder aufzunehmen, wird angenommen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Ich spreche die Hoffnung aus, daß jetzt, nachdem mir das Wort erteilt worden ist, die hinter uns liegende Geschäftsordnungsdebatte sehr bald vergessen werden wird, und daß wir alle, wenn wir diesen Saal verlassen, nicht mehr an das denken, was vorgefallen ist. (Sehr gut!) Ich wünsche allerdings auch (zu den bürgerlichen Parteien), daß Sie niemals wieder einer Wiederholung so begangener, wie Sie es heute uns gegenüber bestraft haben und daß der Vorfall bei Ihnen Eingang hält, daß Sie in Zukunft Schlussanträge nach Art des heutigen unterlassen. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten.) Dann wird selbst diese wenig erfreuliche Geschäftsordnungsdebatte für das Land einen sehr großen Nutzen haben. (Sehr gut!)

Ich spreche weiter die Hoffnung aus, daß es mir durch vollste Beidenfallsigkeit, deren ich mich befleißigen will und befehlen muß — denn wir alle wollen doch den Frieden fördern, dessen die ganze Welt bedarf — gelingen wird, die Erregung, die sich des Hauses bemächtigt hat, sehr bald vollkommen verschwinden zu lassen.

Als die Unvermeidlichkeit des Krieges offenbar wurde, sind alle Klassen und alle Parteien Deutschlands auf die Schanzen gestellt zur Verteidigung unseres Landes. Wir haben die Kultur Deutschlands als bedroht an, und das hat uns die Waffen in die Hand gedrückt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde haben unser Land niemals in dem Sinne über alle anderen gestellt, daß wir alle Vorzüge für uns in Anspruch nehmen und alle minder guten Eigenschaften den anderen Völkern überlassen. Wir haben vielmehr das Ziel unseres Strebens darin erblickt, Deutschland auf eine Höhe zu bringen, die die anderen Völker nötig, ihm den ersten Platz zuzuerkennen. Wir haben die anderen Völker geachtet und geliebt, und wir lieben sie auch heute noch. Wir wissen, daß sich die einzelnen Mitglieder der Völkerfamilie wunderbar ergänzen, und wir sehen mit Staunen, daß die Begabung, die der einen fehlt, von der anderen ausgeglichen wird. Wir wußten, was wir an unserem Lande haben, wir wußten, daß seine Kultur nicht vernichtet werden darf, und deshalb haben wir uns zum Schutze des Vaterlandes vor das Land gestellt und — so wirksam es scheint — wir kämpfen damit auch für unsere Gegner, denn auch sie führen wir dagegen, daß ihnen eine Kulturform verloren geht. Die Sorge um die bedrohte Kultur hat uns alle geeinigt, diese Sorge nötigt uns jetzt, zum Frieden zu mahnen. Wenn jemals ein Zeitpunkt geeignet gewesen ist, an die Vorbereitung des Friedens zu denken, so ist es der gegenwärtige, wo die Wiederherstellung der Verbindung Berlin-Konstantinopel gewisse Hoffnungen, die in erster Reihe den Krieg verursacht haben, begraben hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist kein Zufall, daß jetzt hier und da der Wunsch nach Frieden erscheint. Andere Männer haben im englischen Oberhaus, indem sie die Unpopularität nicht gekostet haben, sich zu Dolmetschern des Friedenswillens der Völker gemacht, und in den letzten Tagen haben wir alle von der einen großen Zug erlennenden Leiden des Papstes Kenntnis genommen. Von der Fortdauer des Krieges droht der Kultur eine gewaltige Gefahr, die mit der Dauer und Ausdehnung des Krieges wächst. Von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges will ich nicht lange reden, sie lassen sich auf die sehr einfache Formel reduzieren: Die vernünftigen Staaten von Europa machen Platz den Vereinigten Staaten von Amerika. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Diktatorwort, das man einst Amerika zuschrieb: „Du bist es besser, als unser Kontinent, der alte“, ist zur Prophezeiung geworden. Weit schlimmer als die wirtschaftlichen sind die kulturellen Folgen des Krieges. Welch einen Jammer schreien nicht unsere Verkauften in die Welt hinaus! Wenn wir einer Mutter bezeugen, die die Zeichen der Trauer um ihren gestorbenen Sohn trägt, oder einem jener Unglücklichen, dessen Sehnsucht durch eine plumpe Kugel zerstückt worden ist, ist es uns da nicht zumute, als ob wir um Verzeihung bitten müßten? Wie diese würden unter den gefallenen Jünglingen sein, die, zu Männern geworden, Kämpfer und Führer des deutschen Volkes geworden wären. Weiter entsteht die bange Frage, wird es möglich sein, daß in das allgemeine Bewußtsein zurückgerufen wird, was die Erziehung vor dem Kriege in dem Bewußtsein jedes einzelnen an moralischen Werten zu verdanken bestraft gewesen ist, und ferner, was wird aus der Kultur, wenn sich diese Möglichkeit nicht verwirklicht? Diese Betrachtungen müssen sich jedem wahren Vaterlandsfreunde und jedem wahren Freunde der Menschheit aufdrängen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Indem wir diese Dinge betrachten, wollen wir unserm Volke dienen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) In den feindlichen Staaten haben die Staatsmänner ihre Kriegsziele früher ausgesprochen, als der verantwortliche Staatsmann des Deutschen Reiches. Briand und Asquith haben sich erst in neuerer Zeit über die Bedingungen geäußert, unter welchen ein Friede mit ihrer Mitwirkung geschlossen

werden würde: beide haben erklärt, erst müsse der deutsche Militarismus gebrochen sein. Bei Briand haben wir es dabei augenscheinlich mit dem Versuch zu tun, seine antimilitaristischen Lieberzeugungen zu einem Ausführauftrag zu machen. Was Briand und Asquith unter Militarismus verstehen, ist völlig klar, sie wollen nicht Auswüchse beseitigen — denn dann würden sie uns ja stärken —, sondern die Wehrkraft des deutschen Volkes vernichten. Und weil ich mir darüber klar bin, verstehe ich auch die Sprache, die der Reichskanzler heute angeschlagen hat. Man kann selbstverständlich von einem Staatsmann nicht verlangen, daß er stillet, während die Staatsmänner in den feindlichen Ländern das denkbar schwerste Geschäft ausführen lassen. (Sehr richtig!) Das eine aber möchte ich sagen: Ich habe zu meiner Genugtuung von dem Reichskanzler Worte, wie Briand und Asquith sie ausgesprochen haben, nicht gehört. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Hätte ich Worte gehört, wie Vernichtung des französischen Militarismus oder des englischen Marinismus, oder Worte, die an eine bekannte Petition erinnern, so könnte ich für meine gesamte Fraktion die Versicherung abgeben, daß wir in die allerhöchste Oppositionsstellung eingerückt wären. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Wir wollen die Vernichtung unseres eigenen Landes verhindern, aber wir wollen auch kein anderes Land vernichten. (Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie wir die deutsche Kultur der Welt erhalten wollen, so wollen wir auch die französische und die englische erhalten wissen. Der Reichskanzler hat also nicht Worte erteilen lassen, wie wir sie von Briand und Asquith haben hören müssen. (Abg. Liebknecht: Doch! doch! — Widerspruch und Gelächter.) Wenn jemand anderer Anschauung ist als ich, so muß es an der Verschiedenheit unseres Völkermögens oder unserer geistigen Beschaffenheit liegen. (Zustimmung und lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Der Reichskanzler sagt, er könne einzelne Friedensbedingungen zurzeit nicht nennen. Meine Freunde sind anderer Meinung. Dem Staatsmann eines Staates, dessen Werte den Krieg in alle feindlichen Länder hineinbringen können, dessen Werte imstande gewesen sind, einen undurchdringlichen Gürtel um das deutsche Vaterland zu ziehen, hätte es wohl angestanden, detaillierte Friedensbedingungen zu nennen, zumal da die Worte des Kanzlers erkennen ließen, daß seine Friedensbedingungen sich sehr wohl hören lassen können. (Hört! hört! b. d. Sozialdemokraten.)

Wir haben unsere Interpellation an den Kanzler gerichtet und nicht an die bürgerlichen Parteien. Deshalb will ich über die Erklärung des Herrn Spahn hinweggehen; ich will mich nicht auf die Erörterung einlassen, ob namentlich ein gewisser Satz nicht außerordentlich aufsteigend im Auslande wirken wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ob es sich nicht empfehlen hätte, ihn wegzulassen. Aus den Worten des Herrn Reichskanzlers jedenfalls haben wir den Inhalt der Erklärungen der bürgerlichen Parteien nicht herausgehört. (Abg. Liebknecht: Doch, doch! — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber ich bitte Sie, meine Herren, geben Sie doch nicht dem Auslande Waffen in die Hand. (Beifall bei Sozialdemokraten und Handclatschen.) Ich bin überzeugt, daß das nicht Ihre Absicht ist. Aber der Politiker wird nach der Wirkung seiner Äußerungen beurteilt, nicht nach der Absicht, die ihn leitet. (Beifall.) Ich glaube, mit einer gewissen Absicht hat der Kanzler die von uns besetzten Gebiete wiederholt als Hauptpfeiler bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach meiner Kenntnis werden Hauptpfeiler zurückgegeben. Auch die Erklärung des Kanzlers, daß er grundsätzlich zum Friedensschluß bereit sei, steht in wohlweislichem Gegensatz zu denen der Herren Briand und Asquith. Er hat diesen Gegensatz nicht gesehen. Die Staatsmänner, die ihren Volksgenossen Siege in der Zukunft versprechen müssen, damit ihr Mut nicht nachläßt, sprechen vom Niederwerfen des deutschen Militarismus und von Abgrenzung großer deutscher Gebiete und haben sich deshalb das Epitheton reichlich verdient, das ihnen mein Freund Scheibemann heute zuerteilt hat, und der Staatsmann des Landes, dessen Waffen glücklicherweise von Erfolg gekrönt waren, erklärt sich grundsätzlich zum Frieden bereit, selbstverständlich fügt er hinzu, zu einem ehrenvollen Frieden. Einen anderen Frieden will natürlich kein deutscher Mann schließen. (Lebhafter Beifall.) Der Kanzler hat eine Sicherung gegen frivole Angriffe verlangt. Wenn es eine solche Sicherung gibt, dann wollen wir sie alle haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen die kommenden Generationen davor bewahren, daß auch sie um ihren Anspruch auf Glück betrogen werden. Es fragt sich nur, worin besteht die Sicherheit gegen eine Wiederholung frivoler Angriffe? Keine Sicherung würde eine Durchführung des Krieges bis zur völligen Erschöpfung aller Kriegsfähigkeiten sein, denn dann würde eine Desperatostimmung entstehen, die aus den unbedeutendsten Anlässen zu furchtbaren Explosionen führen könnte, dann würde sich der Welt die Ueberzeugung bemächtigen können:

„Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“

Der Staatsmann der Jetztzeit hat die Aufgabe, zu verhindern, daß der Krieg den Charakter des Erschöpfungskrieges annimmt, denn wenn eine Erschöpfung überhaupt die Folge dieses Krieges ist, dann tritt sie nicht auf einer, sondern auf allen Seiten ein, vielleicht auf der anderen in noch höherem Maße als auf der unsrigen. Keine Sicherung würde ferner die Unterjochung eines Volkes sein, die Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben. Ich habe mich gegen zu hören, daß dem Kanzler die Absicht der Unterjochung eines Volkes nicht vorwurft. Heute kann ein Krieg nicht mehr so ausgehen wie die panischen Kriege, denn der Besiegte, dessen Lebensinteresse mit Füssen getreten oder auch nur angetastet werden, findet heute in den Ruinen des harten grausamen Siegers sehr bald Bundesgenossen, und im Vertrauen auf deren Hilfe trübt er Pläne zur Vergeltungskriegführung aus. Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt, daß Stolz und der Staatsmann sich belohnen macht. Wenn 1866 gewisse Annektionspläne nicht durch einen zielbewußten genialen Staatsmann unterdrückt worden wären, wäre dann das Jahr 1870 möglich gewesen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also auf dem Wege der Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben ist eine Sicherung nicht möglich. Aber es gibt sehr weitgehende Sicherungen gegen wiederholte Angriffe. Ein Staatsmann, der, wenn er die Völker sich wieder die Hand zur Verteidigung gereicht haben, eine offene und ehrliche Politik treibt, die sich nichts verbietet, die keinem nachläßt, aber auch keinen vor den Kopf stoßt, ein solcher Staatsmann würde ein außerordentlich leichtes Regieren haben. Wenn dieser furchtbare Aderlaß nicht zur Wehrung der friedlichen Gesinnung führen sollte, dann würde ich wirklich nicht, auf was für Bundesgenossen wir angewiesen sind, um diese friedliche Gesinnung in die Köpfe hineinzubringen. Den Glauben gebe ich nicht auf, daß die Menschen das Wort des alten Sophokles rechtfertigen, das Wort, daß der Mensch gewaltiger ist als alles. Ich sage, ich gebe den Glauben nicht auf, daß die Menschen das Wort rechtfertigen werden, nicht bloß durch Taten auf wirtschaftlichem und auf geistigem Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet der Moral, und es hat deshalb niemand das Recht, mich einen Schwärmer zu nennen, denn ich verlaßte mich bei diesem Glauben an die Moral auf die wohlverstandenen Interessen der Völker. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenau so, wie nicht bloß die fortschreitende Gerechtigkeit, sondern auch das engste nächststehende Interesse dazu geführt hat, das Faustrecht aus dem

Verkehr der Individuen auszuschalten, so wird auch das Faustrecht unter der Völker zur Ausmerzung dieses Rechts aus ihren Beziehungen untereinander führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer von uns weiß, wie nahe wir vor Verträgen über Nützlichkeitsbeschränkungen stehen, die nicht bloß das Gute hätten, den Völkern zu großen Ersparnissen zu verhelfen, sondern auch dazu, das gegenseitige Mißtrauen einzuschränken. Der Reichskanzler hat seine Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens ausgesprochen, und von unbilligen Bedingungen, die er dem Gegner zumute habe, ich in seiner Rede nichts vernommen. Das ist für mich das Entscheidende. Was unter Sicherungen im einzelnen zu verstehen ist, darüber wird zu sprechen sein, wenn erst einmal die Verhandlungen begonnen haben. Die Hauptsache ist, daß sie beginnen, und kein Staatsmann irgendeines feindlichen Landes kann jetzt noch die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit dem Hinweis darauf ablehnen, daß sie ihm als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden können. Wir dürfen uns also wohl der Hoffnung hingeben, wenn sie auch erst ganz schwach in dünnen Umrissen vor uns auftaucht, daß die Stunde der Erlösung für die Völker bald gekommen sein möge. Täuscht uns diese Hoffnung, weil unsere Gegner den Frieden nicht wollen, weil sie nach wie vor erklären, daß sie auf Vernichtung der deutschen Wehrkraft und auf Annexionen auf Kosten Deutschlands bestehen, so werden sie sich davon überzeugen müssen, daß unser Ruf nach Frieden nicht hervorgegangen ist aus Sorge um den Ausgang des Krieges für uns, sie werden dann sogar eine Steigerung unserer Kräfte merken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn es überhaupt möglich ist, den Mut und die Ausdauer unserer Krieger zu stärken, denen allein wir zu großem Danke verpflichtet sind, und denen der Reichstag als schwaches Zeichen seiner Dankbarkeit hoffentlich noch in diesen Tagen ihre Bezüge erheblich aufbessern wird, dann wird es dadurch geschehen, daß sie das Bewußtsein haben, daß das, was sie zu tragen haben, auf das Schuldkonto unserer Gegner kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Liebknecht ruft: Ist das der Zweck? Ich bin von der Fraktion zum Redner bestimmt worden und nicht Sie. (Liebknecht: Ich bin stolz darauf, daß ich es nicht bin. — Abg. Meier: Dann gehen Sie doch weg, wenn Sie stolz darauf sind, nichts mit uns zu tun zu haben. — Lebhafter Beifall. — Erneuter Zuruf des Abg. Liebknecht. — Große Unruhe. Lebhafter Zuruf: Ruhe!) Zum Schluß nur noch ein Wort. In der französischen Deputiertenkammer wurde kürzlich gesagt, Frankreich habe nicht die Absicht, sich auf Kosten des deutschen Territoriums zu bereichern, nur wolle man selbstverständlich Besitztümer zurücknehmen. Für solche Ausführungen, die uns an die Reunionskammern erinnern, haben wir kein Verständnis. (Lebhafter Beifall.) Es wird Aufgabe der deutschen Politik sein, dafür zu sorgen, daß gewisse Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen völlig vernichtet werden. (Erneuter lebhafter Zustimmung.) Wer das Meiste erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansehen, wo er will, das in der Verteidigung einige deutsche Völk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird. (Allseitiger stürmischer Beifall und Handclatschen.)

Präsident Kaempf:

Weitere Wortmeldungen finden nicht statt. Die Besprechung der Interpellation ist damit erledigt. Der Präsident stellt weiter fest, daß das Mißverständnis, das die vorherige Geschäftsordnungsdebatte herbeigeführt habe, nicht durch ein Versehen eines der Schriftführer herbeigeführt worden wäre, sondern durch einen Irrtum, der ihm selbst unterlaufen sei, und er bittet ferner um die Ermächtigung, Tagesordnung und Tag der nächsten Sitzung, die wahrscheinlich am Montag stattfinden wird, nach dem Fortgang der Beratungen des Reichshausauschusses festzusetzen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Ich beantrage, die nächste Sitzung morgen stattfinden zu lassen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Antragslage Freitag und Dienstag sind (Geisterzeit) und daß ich eine Reihe von Anfragen an den Reichskanzler gestellt habe, deren schmerzliche Erledigung mir jedenfalls sehr wichtig ist. (Zurufe.) Wenn Sie die in den Anfragen aufgeworfenen Fragen nicht für so interessant und wichtig halten (Rufe: Nein, nein!), dann wird das ganze Volk (Gelächter) das Volk in den Schützengräben und außerhalb darüber belehren, was Ihr Patriotismus ist. Der Versuch, gerade den morgigen Tag zu überspringen, kann und muß dahin gedeutet werden, daß man die durch § 31 der Geschäftsordnung gegebene Gelegenheit zu kurzen Anfragen verläßt. Wir haben Zeit dazu, morgen eine Sitzung abzuhalten, wir könnten die Sache auch heute noch erledigen, nachdem wir eine Frage, die den Rufschrei des ganzen deutschen Volkes aus den Schützengräben betrifft, in drei Stunden erledigt haben. Vor allem muß eine prinzipiell wichtige Frage entschieden werden, und ich beantrage, sie als ersten Punkt nach den Anfragen morgen oder heute auf die Tagesordnung zu stellen, ob der Herr Präsident das Recht der politischen Zensur besitzt über die Mitglieder dieses Hauses.

Präsident Kaempf: Wenn Sie einen Antrag zu stellen haben, so bitte ich ihn schriftlich einzureichen.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Das werde ich tun und bemerke nur noch, daß Sie durch Ihr ganzes Verfahren heute für den Krieg gewirkt haben, während es sich darum handelt, etwas für den Frieden zu tun. (Gelächter und Schlußrufe.)

Abg. Spahn (Z.): Ich bitte, es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen.

Eine weitere Wortmeldung des Abg. Liebknecht zur Geschäftsordnung lehnt der Präsident ab; sein Vorschlag für die nächste Tagesordnung wird angenommen.

Schluß 1½ Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die Wirkung der hohen Lederpreise.

Zu den Industrien, die bei Kriegsausbruch in erster Linie für Heereslieferungen in Betracht kamen, gehört die Lederindustrie. Die in die Kriegskonjunktur hineingezogenen Betriebe haben ungeheure Gewinne erzielt. Ein Schulbeispiel dafür ist die Lederfirma Adler u. Dittenberger A.-G., Straßburg. Die Gesellschaft zählt zwar nur 20 Proz. dividende gegen 12 und 10 Proz. in den Vorjahren. Betrachtet man aber die einzelnen Zahlen, so ergibt sich, daß der mit 12 Millionen Mark Aktienkapital arbeitende Betrieb im Grunde mit rund 100 Proz. Gewinn gearbeitet hat. Der Warengewinn hat im abgelaufenen Geschäftsjahre eine dreifache Steigerung erfahren, von rund 4½ Millionen auf 12.232.570 M. Der Bruttogewinn beträgt 12.816.129 M. Für Abschreibungen ist nahezu die doppelte Summe eingesetzt worden; sie belaufen sich auf 1.616.618 M. Damit sind mit Ausnahme von Grundbesitz und Gebäuden, die noch mit 1 Million (1,50 i. S.) zu Buch stehen, sämtliche sonstigen Vertriebsanlagen vollständig abgeschrieben. Nach Abschreibung sämtlicher Rückstellungen verbleibt als sogenannter Reingewinn ein Betrag von 8.205.113 M. Die ungeheure Steigerung tritt besonders klar hervor, wenn man diese Zahl mit den reinen Gewinnergebnissen der zwei Vorjahre vergleicht, die beide nur 1.200.000 M. betragen. Die schwere Arbeit der Aufstiegsleiter wird durch Erhöhung der Zantimen von 30.000 auf 200.000 M. reichlich belohnt, dagegen läßt sich über die Zantimen des Vorjahres aus dem Bericht ziffernmäßig nicht ersehen, sie werden ebenfalls nicht zu knapp bemessen sein. Auf Vortag für das nächste Jahr sind 1.264.244 M. gegen 249.000 M. im Vorjahre gebucht worden.

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir:

Glaswaren

echtes Kristall

Sammelrömer 6 verschied. Farben, reich geschl.	3.— an
Likörkömer 6 verschied. Farb., reich geschl.	2.25 an
Weinkaraffen weiss von	3.50 an
Weinkaraffen farbig von	8.— an
Likörflaschen weiss 1.25 bunt. von	2.50 an
Kompottschalen reich geschl. von	4.— an
Kompotteller reich geschl. von	1.40 an
Vasen reich geschl. von	3.25 an
Blumenkugeln von	1.40 an
Körbchen von	2.— an
Zuckerstreuer bunt, reich geschl. von	3.50 an
Bowlen mit 12 Gläsern und Löffel, mit echtem Poliergoldrand von	13.80 an
Bowlen mit 12 Gläsern, Löffel und Tablett, geschliff. von	14.50 an

Weingarnituren in grosser Auswahl, glatt, geschliff., geätzt, graviert, in jeder Preislage
Weinrömer in verschiedenen Ausführungen . . . von 20 / an
Bowlengläser glatt, graviert, geschliffen, in reicher Auswahl
Vasen glatt von 15 / an, geschliffen von 40 / an

Alt-deutsche Steinbowlen in allen Grössen blank von 2.50 an grün von 3.50 an	Likörservice gepresst von 1.10 an bunt von 2.50 an geschliffen bis zu d. feinst. Ausfüh.
--	--

Alt-Böhmische Bauern-Malerei 1811
 Vasen von 1.50 an
 Körbchen von 1.50 an
 Likörservice 4.25
 Safftkännchen 1.— 90

Porzellanwaren

Tafelgeschirre: für 6 Personen 10.— 15.— bis zu den vornehmsten Ausführungen
 12 Personen 25.— 27.50

Kaffeegeschirre: für 6 Personen 3.— bis zu den höchsten Preislagen
 12 Personen 8.—

Frühstücksgeschirre: Nach Belieben zusammenstellen, grösste Auswahl
 5 teilig, von 2.25 an

Kaffee-, Mokka- und Teetassen
 in grosser Auswahl, reizende Muster und Formen.

Tassen mit Untertasse Goldband 22
 Dessertteller Goldband 25
 Blumenkübel von 40 an

Kasten-Etagèren mit Schubladen von 12.25 an
Küchen-Garnituren 16 teilig von 5.— an

Waschgarnituren
 reichhaltiges Lager von 1.75 bis 40.—

Obst- u. Gebäckkörbe durchbrochen, mit und ohne Banddurchzug.

Haus- und Küchengeräte

Die Kochkiste als Essenträger 5.— an
 „Heinzelmännchen“-Kochkiste von 18.50 an
 „Reform“-Selbstkocher von 18.75 an
 Gasherde „Prometheus“ mit Backvorrichtung 76.90
 Gaskocher in grosser Auswahl . . . von 14.25 an
 Elektr. Heiz- u. Bügel-Apparate von 10.50 an
 Wringmaschinen von 29.— an
 Gardinenspanner von 18.75 an
 Teppichkehrmaschinen von 12.— an
 Messerputzmaschinen von 6.50 an
 Reibmaschinen von 2.— an
 Brotschneidmaschinen von 4.80 an
 Fleischhackmaschinen von 3.85 an
 Kaffeemaschinen Nickel von 3.45 an
 Konservenschränke 38.— 48.—
 Obstschränke von 25.50 an
 Kartoffelkisten 5 Zehner von 13.50 an

Kaffeemühlen von 2.— an
Wandkaffeemühlen von 4.85 an
Kaffeesevice verzielt, Stiel, mit Platte von 9.— an
Tortenplatten mit neuen modernen Einlagen 3.75
Brotkästen von 1.90 an
Tellerwagen von 4.— an
Tafelwagen 5 Kilo, mit Gewichten . . . von 13.50 an
Bowlen Alt-Messing, mit Glas-Einsatz . . . von 13.50 an
Blumenkrippen in den vornehmsten Ausführungen von 17.— an
Christbaumständer 1.— 1.75 3.50
Wärmkrüge 70 1.—
Wärmflaschen 2.40 2.60
Ofenschirme in künstlerischen Ausführungen 4.75 6.50 12.50
Kohlenkasten von 2.75 an
Vogelkäfige von 2.25 an
Käfigständer von 6.60 an
Bestecke in Stahl und schwer verzielt in allen Preislagen.

Einkoch-Apparate von 8.50 an — **Garantie-Konservengläser** 404 454 504 554 654

„Porzellanbär“ Frankfurt am Main
 Stiftstrasse 8-10 Brünnerstrasse 5-9.

Wegen Einberufung

zum Gemeinderat vertaufte zu kaufend billigen Preisen moderne neue u. von Herrschaften wenig getragene

Ulster Paletots Anzüge

Bozener-Mäntel, Pelermine, Gehrock- u. Smokinganzüge, alles nur bessere und gute Qualitäten, doch auffallend

billig!

Kaufhaus für Monatsgarderoben
 Lönzengasse 33, 1. St.



! Mundharmonika!
 Schützt diesen unentbehrlichen Helfer des Soldaten Euren Lieben ins Feld. Ihr macht große Freude damit! Die grösste Auswahl am Platz! In patriot. Harmonikafabrik finden Sie in
Mundharmonika-Spezialhaus
 L. Reingruber.
 Hausbau, Stiftstrasse.



Katalog gratis.
 Menzenbauer's
Gitarre- u. Mandolin-Zither
 mit unterlegbaren Böden, von Jedermann sofort lieferbar. Preis 4 Mk. bis 30 Mk.
M. Osterode,
 Kirehnerstrasse 12
 Frankfurt a. M. — Tel. Ganja 334.

Wenig getragene Anzüge Ulster Paletots

zu sehr billigen Preisen sowie einen Posten Jünglings- und Burken-Paletots durch bejond. günstigen Einkauf zu

10, 12, 14, 16, 18 Mk.
 alles nur gute Stoffe.

V. Maus
 56 Fahrgasse 56.

Zu Weihnachten

empfehlen wir zu ganz besonders billigen Preisen:

Herren-Artikel	Damen-Artikel
Normal-Hemden	Blusen
Normal-Hosen	Schürzen
Futter-Hosen	schwarz, weiss und farbig
Einsatzhemden	Strümpfe
Kragen, Krawatten	Korsetts
Herren-Hüte	Wäsche in allen Preislagen, weiss und farbig
Strümpfe und Socken	

Louis Brosius-Hintze

nur Taunusstrasse 45-47.

Reichsschlachtungen.

Prima frische Suppenknochen

per Pfund 10 Pfg.

Gust. Pross, Seehofstrasse 3.

Karl Winnen Schuh- und Kleider-Magazin

Berger Strasse 206, Ecke Saalburgstrasse

Telephon 11353.

Lieferant sämtlicher Konsumvereine.

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

1. Beilage zu Nummer 289 der Volksstimme.

Freitag den 10. Dezember 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. Dezember 1915.

Wer heßt?

Während wir im Lande infolge des Krieges eine große Forderung auf der ganzen Linie feststellen müssen, die für die allerweitesten Volkskreise zu einer schleichenden Hungersnot auszuwachsen droht, müht sich das Organ der Bauernbündler in Hessen, die „Neue Tagesztg.“, ab, das Gegenteil zu beweisen. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn der leitende Redakteur des Bündlerorgans dabei nicht das Mittel der Denunziation anzuwenden würde, den kritikübenden Gegner, die „Volksstimme“, stumm zu machen. In einem „Die lange Nacht“ überschriebenen Artikel, der sich mit unserem Bericht über die Kreisvertrauensmännerversammlung in Gießen beschäftigt, schreibt Herr Girschel mit Bezug auf die Ausführungen über die tieftraurigen Verhältnisse der Kriegerfamilien in den Landgemeinden u. a.:

Wir stellen diese Behauptungen, die bewachte Lügen enthalten, nur an den Dranger; es fällt uns nicht ein, mit den berufsmäßigen Hebern darüber zu rechten. Dagegen möchten wir uns die Anfrage erlauben, ob denn die zuständigen Stellen nicht einsehen, daß das Treiben der roten Zeitungsschreiber nachgerade an Hochverrat grenzt, und wie lange sie dieses Treiben noch ungehindert fortsetzen dürfen. Die Behörden, die sich doch sonst um jeden Ver- bekümmern, müßten doch wissen, daß derartige Stimmen zur Kenntnis unserer Feinde kommen.

Das ist der „Burgfrieden“, wie ihn Herr Girschel, der Vertreter der Bauernbündler, aufstellt. Allerdings kommt der Mann in die Gärten der Armen auf dem Lande nicht hinein, schreit er sich doch, wie unser verstorbenen Genosse Buford so oft nachgewiesen hat, öffentlich mit einem armen Bauerlein zu verfahren, weil er sonst bei den Großbauern in Ungnade fallen könnte. Herr Girschel versteht das Geschäft als Sachverwalter der notleidenden Landwirtschaft erwehrt er sich des tätigen Gegners, indem er ihn nicht nur der Behörde denunziert, sondern gleichzeitig die Staatsanwaltschaft unter Hinweis auf das angebliche Delikt mobil macht. Eine kleine Nummer! Interessant ist die Bemerkung in der „Neuen Tageszeitung“, daß sich die Zensurbehörde sonst doch um jeden Dreck bekümmert. Das gibt dem Burschenfall des Bauernbündlers eine besondere Würdigung.

Gleichzeitig kann es sich Herr Girschel nicht verkneifen, schon jetzt, noch unter dem Schutze des Burgfriedens, die sozialdemokratische Partei ob ihrer Haltung zum Krieg zu verhöhnen. In dem gleichen Artikel heißt es nämlich:

... Wir erleben hier das widerliche Schauspiel, daß eine Partei, die vor dem Kriege dem Reiche alle Mittel zu seiner Machterhaltung beharrlich verweigert hat und durch ihre Gehe gegen den Militarismus — siehe z. B. Heber! — unseren Feinden die Lust zu ihrem menschlichen Liebesfall auf uns gemehrt hat, jetzt, da alle ihre Lehren schmachvoll Schiffbruch gelitten haben, von neuem dem Feinde Wasser auf seine Mühlen liefert, und ihr zur Fortsetzung seines fruchtlosen Kampfes geradezu aufmuntert. Das aber alles, weil einer Gesellschaft berufsmäßiger Volksverderber das Sehen zum Bedürfnis geworden ist.

Das sind nette Vorbereitungen für die politischen Kämpfe nach Friedensschluss. Ja, ja! Wir werden es noch erleben, daß in der „Neuen Tagesztg.“ zu lesen steht, daß für die ungeheuren Reichsschulden, deren Vergütung nach dem Kriege durch Steuern aufgebracht werden muß, nur die Vaterlandstreuen Sozialdemokraten die Schuld tragen. Und zwar deshalb, weil ihre Vertreter im Reichstage — entgegen ihrer früheren Haltung — siehe z. B. Heber und Müllervorlagen — die Mittel für den Krieg, die Kredite bewilligt haben. Wir wollen jedoch nicht behaupten! Aber wir versprechen Herrn Girschel, in den nächsten Nummern der „Volksstimme“, unbefümmert seiner hinterhältigen und unsauberen journalistischen Kampfesart, uns weiterhin mit dem Lebensmittelsucher und seinen Urkunden zu beschäftigen. Die Praktiken der Bauernbündler gehören an den Dranger, und das Volk muß davon unterrichtet werden, wie die Preise der landwirtschaftlichen Produkte künstlich in die Höhe getrieben werden.

Der Tag vor dem Weihnachtsfest und Silvester sind heilige Tage. Damit nun die Hausfrauen ihren Fleischbedarf für Weihnachten und Neujahr an diesen Tagen decken können, hat der hessische Fleischverband beim Bundesrat beantragt, daß an beiden Tagen eine Ausnahme mit dem Verkaufsverbot gemacht wird. Wenn nicht auch eine Ausnahme bezüglich der Samstagbestimmungen beantragt ist und genehmigt wird, dann sind der erste Weihnachtsfeierabend und der Neujahrsabend vom Verbot betroffen, daß an beiden Festtagen in Gasthäusern kein Schweinefleisch gegessen werden darf.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Biedrich, 9. Dez. (Das Ende eines Familienglücks.) Ein tragisches Unglück ist über die Familie des Genossen Ott herein gekommen. Am 6. Oktober hauchte Genosse Ott, Vater von vier Kindern, als Opfer des furchtbaren Weltkrieges auf dem Schlachtfeld sein Leben aus. Als die Todesnachricht bei der Familie eintraf, gränzte sich die Mutter so sehr, daß sie krank wurde und starb. Der unermüdete Arbeiter trauert um den Tod ihrer lieben Eltern. Die Geschwister der Verstorbenen haben sich der Minder angenommen; nach allen Himmelsrichtungen werden die Kinder desprengt. Die Familie hat aufgehört, zu sein. Ein erschütterndes Bild! Frau Ott war seit zwei Jahren Trägerin der „Volksstimme“.

Aus den umliegenden Kreisen.

Höchst, 10. Dez. (Die städtische Kriegskommission.) Ist beschlossen, den beurlaubten Mannschaften, die aus dem Felde auf Urlaub kommen und bedürftig sind, eine Vergütung zu gewähren. In der Regel täglich 1 Mark betragen soll. Der Gesamtbetrag soll im Einzelfalle 14 Mark nicht übersteigen. Die Kommissar haben sich im Rathaus, Zimmer 28, unter Vorzeigung ihres Urlaubscheines zu melden. Dieser Bescheid wird allgemein freudig begrüßt werden. Wie wir hören, hat sich sonst mancher Feldgrau davon halten lassen, auf Urlaub zu kommen, weil er seiner Familie nicht noch gar fast sollen wollte.

Griesheim, 10. Dez. (Am Schlachtfeld der Arbeit.) Der Krieg fordert schwere Opfer an Leben und Gesundheit der Arbeiter; aber auch in der Industrie mehren sich die Unfälle in bedauerlicher Weise, insbesondere in der chemischen Industrie, wo den vielen Unfällen noch zu urteilen, jede Arbeiterschußkraft außer acht gelassen wird. In der Chemischen Fabrik „Elektron“ Griesheim ereigneten sich in wenigen Tagen vier schwere Unfälle. Der Arbeiter Nieber, der im Nitro beschäftigt war, schloß am Donnerstag Nitro-Gase und nach am Freitag infolge der Vergiftung. Der Arzt stellte Vergiftung infolge Vergiftung fest. Ein Vertreter der Firma, der einen Krampf am Grabe des Verunglückten niederlegte, gab ebenfalls als Todesursache Einwirkung von giftigen Gasen an. Ein weiterer Unfall betrifft den Arbeiter Gaul, der eine Säureflasche anlassen wollte. Der Druck schlug zurück, und Gaul bekam von der Säure zu schlucken, wodurch er sich erheblich am Halse verbrannte. Gaul ist Kriegswalder. Tags darauf verbrannte sich der Arbeiter Keller erheblich an Kopf und Brust mit starker Salzsäure. Dieser Unfall soll angeblich infolge Unvorsichtigkeit herbeigeführt sein. Ein vierter Fall ereignete sich am Dienstag. Der Arbeiter Rint verbrannte sich so schwer, daß ihm die Kleider vom Leibe fingen und er nach dem Blase getragen werden mußte. Rint kam ins Krankenhaus. Das Gerücht er sei seinen schweren Verletzungen erlegen, bestätigte sich nach einer Anfrage nicht. Also vier schwere Unfälle in einer Woche! Mehr Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften tut hier dringend not; auch soll die ungeheure Antreiberei schuld an den meisten Unfällen sein.

Hannau, 10. Dez. (Eine schwere Gasexplosion.) fand heute morgen gegen 7 Uhr in der Wohnung des Schuhmachers Rame, Bahnhofstraße 3, statt. Das Mansardendach wurde durch die Wucht der Explosion vollständig hinausgeschleudert. Mithin bereit herbeigekommene Nachbarn fanden Frau Rame und 2 Kinder bewußtlos in der Nähe liegen. Herr Rame selbst befindet sich beim Militär. Auf eine Nachfrag bei dem Landkrankenhaus, wohin man die drei Personen gebracht hatte, wurde uns gesagt, daß ein Kind gestorben sei, das andere Kind und die Mutter sind noch bewußtlos. Ob sie am Leben bleiben, kann noch nicht gesagt werden. — (Neue städtische Verkaufsstellen.) Die Stadt eröffnet eine neue Verkaufsstelle für Gefrierfleisch morgen in dem Laden des Wehgers Appel, Sandstraße 8 und Montag eine weitere Verkaufsstelle bei dem Metzger Heilmann, Fischerstraße 25. Der Verkauf findet in diesen beiden Montags, Mittwochs, Donnerstags und Samstags zu den hergebrachten Preisen statt. Es wird dafür Sorge getragen, daß jederzeit genügend Gefrierfleisch vorhanden ist.

Hannau, 10. Dez. (Christliche Brotverkäufer.) Der von uns unterwerfender Epikurische gebrachte Artikel, in dem wir das empörende Benehmen des christlichen Markentenonsvereins „Einigkeit“ scharf kritisierten, hat in der hiesigen Bevölkerung großes Aufsehen und berechtigter Entrüstung gegen die Antragsteller im genannten Verein erregt. Das geht jedem über die Dausen, daß von dem Vorstand eines Vereins an die Behörde das Antinnen gestellt wird, mit den Brotpreisen aufzuschlagen. Selbst der „Hann. Anzeiger“ schreibt dazu: „Unter Schanden und Kopfschütteln hat die große Brotkommission, so lesen wir in der „Volksstimme“, von einem an den Magistrat gerichteten Antrag des Markentenonsvereins „Einigkeit“ Kenntnis genommen, der bezweckte, eine Brotsteuer herbeizuführen. Nach der Eingabe weigern sich die Räter, bei dem Preise von 6 Pfennig Brotmarken zu gewähren, wodurch eine Schädigung der Mitglieder des Konsumvereins „Einigkeit“ erwachse. Der Antrag ist von der Brotkommission einstimmig abgelehnt worden. Und das von Rechts wegen. Bei dem augenblicklichen Stande der Volksernährung kann eine Behörde oder Kommission keine Rücksicht darauf nehmen, ob Mitglieder eines Vereins Schaden erleiden oder nicht, vielmehr muß das Allgemeininteresse über dem Einzelinteresse stehen. Offenlich nimmt der Markentenonsverein eine Stellung zu dieser Sache, die in der Einwohnerhaft lebhaften Anstoß hervorgerufen hat.“ Die sonst so geistreiche „Hann. Ztg.“ schweigt sich aufsehnend aus. Warum? Will sie es etwa mit den Herren nicht verderben? Wir erhielten eine Anzahl Zuschriften, die beweisen, daß wir den Nagel auf den Kopf getroffen haben, und sind der Meinung, daß der christliche Markentenonsverein „Einigkeit“ infolge der genialen Leitung seines Vorstandes in Hannau bald selbst entlassen wird.

Hannau, 10. Dez. (Verwahrt eure Schutzwaffen!) Die berechtigte Forderung ist, zeigt wiederum ein trauriges Vorkommnis, das ein bedauerliches Verbrechen zum Opfer fiel. In einem Garten zwischen den Häusern Feodorstraße 1 bis 7 spielte der dreizehnjährige Wilhelm Vöhringruber mit seinem Koffer, dem vierjährigen Julius Aitz, Sohn des zugezogen im Felde stehenden Silberarbeiters Adam Aitz, Herrenstraße 13 wohnhaft. Vöhringruber fand in der Gartenhalle ein kleines Eisen gebündeltes Flöckchen. Aus reiner Spielerei, wie es in solchen Fällen immer geschieht, legte er auf seinen kleinen Verwandten das Gewehr an, ohne natürlich zu ahnen, daß es geladen war. Die Waffe entlad sich, und der kleine Aitz brach tödlich getroffen zusammen. Der herbeigekommene Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod des kleinen Jungen feststellen. Die Leiche wurde nach dem Friedhof gebracht. Ein unergieblicher Fehler war es, das geladene Gewehr in der Gartenhalle so stehen zu lassen, daß es für die Kinder erreichbar war. — (Verhaftet!) wurde der hiesige Fluchtverfälscher Photograph Arthur Rüttle. Die Braunschwäger Behörde interveniert sich für ihn, und er wurde freigegeben. — (Ein Straßenbahnunfall.) Am 10. Dez. ereignete sich gestern morgen an der Haltestelle Speersstraße, hier: bei 6 Uhr 35 Min. vom Ostbahnhof kommende Wagen, als der von Giesheim ankommende Wagen in voller Fahrt auf den stehenden Wagen aufsaß. Die Glascheiben beider Wagen gingen in Trümmer, und die untere Plattform wurde erheblich beschädigt. Beide Wagen wurden durch den Zusammenstoß verletzungsanfällig und mußten nach dem Depot transportiert werden. Glücklicherweise wurden nur drei Insassen, und diese nur geringfügig, verletzt. Etwas schlimmer erging es einer Schaffnerin, die durch den Anprall an die Wagengasse geworfen wurde. Sie mußte vorübergehend ihren Dienst einstellen. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Hannau, 10. Dez. (Für Beachtung für die Kriegerfrauen des Fabrikarbeiterverbandes.) Der Fabrikarbeiterverband macht seine Mitglieder, sowie die Frauen der Eingezogenen nochmals besonders auf die heute abend 8 Uhr stattfindende Auszahlung der Weihnachtsunterstützung aufmerksam. Mitgliedsbücher müssen, soweit sie noch nicht abgeliefert sind, mitgebracht werden.

Friedenheim, 9. Dez. (Für Weihnachtswerk) empfiehlt die örtliche Parteipolportage eine reiche Auswahl in Bildern und Räucherkerzen, sowie Jugendbüchern beliebigen Inhalts. Für nächsten Sonntag, von nachmittags 8 bis 6 Uhr, ist im unteren Lokal „Zum Engel“ eine Auslage der empfohlenen Bücher und

Schriften vorgesehen. Genosse Richter nimmt dort Bestellungen auf alle von der Buchhandlung „Volksstimme“ angebotenen Literaturerzeugnisse entgegen. Auch im Zeichen des Weltkrieges wird manche Arbeiterfamilie für die Kinder zu Weihnachten etwas beschaffen, und erwarten wir, daß sie sich dann unseres Partei-geschäftes erinnern.

Aus Frankfurt a. M.

Zur Kartoffelnot.

Aus dem Reichstage schreibt uns nunmehr Genosse Duard: „Meine Erkundigungen bei der Reichskartoffelstelle, bei der Frankfurter Eisenbahndirektion und dem hiesigen Gewerbe- und Verkehrsamt haben nunmehr folgende merkwürdigen Ergebnisse gebracht.“

Die Frankfurter Eisenbahndirektion bestätigt mir, daß im Oktober/November d. J. rund 300 Waggons Kartoffeln lediglich für den reinen Frankfurter Ortsever-lehr dort eingetroffen und daß darunter keinerlei durchgehende Sendungen begriffen sind. Das wären also 180 000 Zentner. Dazu teilt mir das städtische Gewerbe- und Verkehrsamt mit, es könne diese Angaben vorläufig weder bestätigen noch verneinen; eine Bestandsaufnahme sei noch nicht durchgeführt. Man halte die Zahlen aber für unwahrscheinlich. Der städtische Kartoffelvertrieb habe erhalten bis 27. November rund 38 500 Zentner, vom 27. bis 30. November rund 30 000 Zentner, vom 1. bis 9. Dezember 17 000 Zentner.

Das wären also für November und 85 500 Zentner städtische Kartoffeln. Diese von den durch die Eisenbahn nachgelieferten 180 000 Zentnern abgezogen, bleiben 111 500 Zentner, die durch den freien Handel allein im Oktober/November eingeführt, und entweder noch bei den Händlern lagern, oder zum Teil an die Kundenschaft abgeht und bei dieser vorhanden sein müßten. Eine gründliche und reiche städtische Bestandsaufnahme müßte sofortige Gewissheit darüber schaffen. Ob eine solche Bestandsaufnahme schon im Gange ist, geht aus den Mitteilungen des Gewerbe- und Verkehrsamtes nicht hervor. Die Stadt Frankfurt a. M. hat aber das größte Interesse daran, Aufklärung zu schaffen. Solange sie fehlt, wird ihr Verlangen, vom Reich noch Kartoffeln zu erhalten, auf Widerstand stoßen, trotzdem von den 30 000 Zentnern, die vom 27. bis 30. November eingeführt wurden, der größte Teil durch Frost für die Ernährung unbrauchbar wurde. Selbst Ersatz für diese verdorbenen Kartoffeln, den wir mit Recht verlangen sollten, wird schwer zu erlangen sein, solange nicht festgestellt, wo die 180 000 Zentner herkommen sind, die die Eisenbahn nachweist. Denn wir können nicht verlangen, übermäßig mit Kartoffeln versehen zu werden. Stadt und Kriegsflüchtlinge haben ja 150 000 Zentner städtische Kartoffeln für nötig erklärt. In diesen fehlen noch noch 65 000 Zentner für den städtischen Verbrauch, aber es wären daneben 180 000 Zentner, vom Stückgutverkehr ganz abgesehen, für private Zwecke in unsere Stadt gelangt. Sollten sie samt und sonders in die Kartoffelfelder der Wohlhabenden gelangt sein? Das wäre sehr interessant. Dann bliebe das dringende Bedürfnis der Unbemittelten noch zu befriedigen, trotz der großen Einfuhr!

Also her mit der schnellen und gründlichen Bestandsaufnahme. Sie allein kann helfen und aufklären. Nur mit ihr kann man beim Reich etwas erreichen.“

Die Landtagswahl.

Mit dem Ableben des Landtagsabgeordneten Dr. Fleisch ist in Frankfurt a. M. eines der beiden Mandate zum preussischen Abgeordnetenhaus frei geworden. Über das Erbe in einem Wahlkampf sich auseinanderzusetzen, verbietet der Burgfriede. Bereits im September hat die hiesige Sozialdemokratie deshalb beschlossen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. So ist die Aufstellung des Kandidaten in aller Stille vor sich gegangen; die Wahl selbst wird kaum anderes Geräusch verursachen. Wer hat auch bei dieser Zeit und unter einem solchen Wahlrecht Interesse an der Wahl? So haben also die Fortschrittler allein über die Nachfolgerschaft Fleisch zu entscheiden; sie glauben, in Dr. Ludwig Heilbrunn den geeigneten Mann dafür gefunden zu haben. Sein politisches Programm öffentlich prüfen zu lassen, ist am Donnerstag abend die Fortschrittler eine Wahlveranstaltung in die Börse berufen. Dr. Ludwig Heilbrunn hat es aut. So leicht wie er ist vor ihm wohl noch nie jemand preussischer Landtagsabgeordneter geworden — in Zukunft wird es eine Wiederholung echt recht nicht geben.

„Für Frieden und Freiheit“, das ist die richtige Bezeichnung auch für die geistige Vorbereitung. Nicht allein, daß sie manachhaft bejuckt war — auch die Stimmung war im Anfang direkt so frohlich, wie drängen das Wetter. Sie wurde auch nicht gehoben durch die auf durchdrachten Ausführungen Heilbrunns. Erst in der Diskussion wurde es lebhafter.

Dr. Heilbrunn begann mit der Frage, ob es nicht ein schlechter Zeitpunkt ist, in den letzten Tagen, wo alles an den Krieg eingestellt ist, innerpolitische Angelegenheiten zu diskutieren. Aber, meinte er, es können wieder andere Zeiten, wo wir wahr machen können und wollen, was wir uns selbst versprochen hat: Befestigung aller politischen und sozialen Grundlagen, oder die Eideidung. Auf jedem Boden ein freies Volk! Weg mit allen Kasten und Klassen! Nicht ist, daß wir wieder in Preußen Kasten und Klassenbildungen aller Art bilden und noch haben. Vom Wahlrecht bis hinein in das Unterrichtsweien mühen wir die Kastenbildung. Es ist kein Wunder, daß das Wahlrecht ein Streifen war und erst recht nach dem Kriege sein wird. Es ist ein Verbrechen, ein mit allen Kriegen angedrohtes Verbrechen, das bestimmten Schichten alle Rechte überläßt. Technisch ist es nicht durchführbar. Keine Reformen können an seiner Sinnlosigkeit nichts ändern. Mehr als je tritt heute das Wort Bismarcks auf dieses Wahlgesetz zu: es ist das elendeste aller Wahlrechte. Es wird mit einem schweren Kampf um ein besseres Wahlrecht zu rechnen sein! Wenn auch die Parteien über die Bildung der Konventionen werden es kaum tun. In erdigen bleibt es, ob man nicht eine stückweise Reform in den Kasten nimmt, allerdings mehr Einfluß muß dem Volk unter allen Umständen werden. Die Kluft zwischen dem Reiche und Preußen kann nur überbrückt werden durch eine Reform des Wahlrechts zum Landtag im Sinne des Reichstagswahlrechts.

Gegenüber dieser großen Frage treten die anderen weit in den Hintergrund. Zu nennen ist hier in erster Linie die Rechte für die kassischen Arbeiter im Sinne von Fleisch vorarbeit. Mehr Ausgestaltung des Wahlrechts, wie es in den Antagen der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck gekommen ist. In diesem Sinne weiter zu arbeiten, liegt im

Interesse vieler Millionen unserer Volksgenossen.
Die Wohnungsfürsorge ist ein weiterer bedeutender Schritt der Zukunft, besonders nach dem Kriege. Dies Problem im Sinne einer guten Fürsorge für die unversicherten Schichten zu lösen, ist eine dringende Pflicht. Gewiß ist die Wohnungsfürsorge nicht nur eine soziale Frage, aber von ihrer glücklichen Lösung hängt doch viel in volkswirtschaftlicher Hinsicht ab. Unsere Geburtenziffer, unsere Wehrkraft und andere wichtige Dinge sind viel von der Art und Weise beeinflusst, wie und wo das Volk wohnt! Hier muß der Staat durch seine Gesetzgebung möglichst großes Entgegenkommen für den Kleinwohnungsbau zeigen. Die Kommunen müssen dann wirksam mitwirken und je nach den Bedürfnissen erweitern. Finanzpolitisch wird allerdings der Staat den Gemeinden hier mehr als bisher entgegenkommen müssen. Die Steuerkräfte werden durch die Kriegsausgaben, durch die Wehrkosten und besonders auch durch die Kriegsgewinnsteuer stark zu Ungunsten der Kommunen verschoben. Darunter darf die Wohnungsfürsorge nicht leiden. Hier muß, ich wiederhole es, der Staat für neue Quellen und Mittel sorgen, damit die Gemeinden ihre Kulturaufgaben nicht zu vernachlässigen brauchen.

Meine Stellung zur Schulfrage: bedarf sich vollständig mit der meinsten Partei. Die Differenz in der Frage der Einheitschule liegt nur in der Wahl der Mittel und des Endziels. Wir wollen bestehende Schulkörper ausbauen und verbessern; besonders das Volksschulwesen. Solche Fortschritte müssen der Anfang zu besserem sein; der Staat muß dann das seinige tun. Mit der bloßen Befestigung der Vorstände ist die Schulfrage nicht abgetan, sie wird besonders nach dem Kriege erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, um jedem im Falle den Aufstieg zu ermöglichen.

Befestigung aller Schäden, die der Krieg bringt, ist eine weitere soziale Aufgabe. Nicht nur für Provinzen, Städte und Gemeinden, sondern auch für Einzelgenossen. Der Frieden wird nicht, wie viele Illusionisten glauben, ein Paradies entgessen. Ständig und auf einmal entsteht keine Umwälzung. In der Geschichte sehen wir solche Umwälzungen nur durch das Auftreten großer herrschender Persönlichkeiten. Tausende von Hemmungen besonders im Innern erschweren auch hier diese Reformgebanten für große Schritte, ganz abgesehen davon, daß wir keine solche Geister, wie einen Stein, Bismarck usw. haben. Nach dem Kriege wird es eine Sturmflut von rechts und von links geben, die über uns hinwegweht. Eine Lehre werden wir aber hochhalten, nämlich daß die, die ihr alles um die Befreiung des Reiches eingelegt haben, daß diesen ein großes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Eine Partei, die diesen Grundgedanken seit einem Jahrhundert vertreten hat, braucht sich vor der kommenden Sturmflut nicht zu fürchten, sondern kann sich ruhig an die Seite des vorwärtsdrängenden Volkes stellen. Deswegen brauchen wir nicht zu zögeln an dem Recht des Einzelnen! Wir werden uns also auch in Zukunft behaupten können! (Beifall.)

Nachdem die erste Diskussion über den Dr. Heilmann wegen seiner Stellung zum Frauenstimmrecht interpelliert und Dr. Heilmann erklärt hatte, daß er für größte politische Freiheit der Frau eintrete, aber zunächst erst für den Mann gesorgt werden müsse, nahm das Wort:

Herr Zielenzki: Er wolle nicht den Dargestellten hören, der lärmend auf das ganze politische Leben wirkt, wie diese Versammlung zeige. Auch spreche er nicht im Auftrag seiner Partei. Deren Standpunkt bekannt sei. Dr. Heilmann hat das Wahlecht als den Grundpfeiler aller zukünftigen politischen Handlung bezeichnet. Die neue Generation wird sich dieses Wahlrecht nicht gefallen lassen. Die heute an seiner Erhaltung Interesse haben, werden dagegen, das zeigt die Gegenwart, auch nicht das Tüpfelchen auf dem i nachgeben. Da wird sich dann zeigen, wer die Macht hat. Hier müssen sich dann alle linkslebenden Elemente zusammenschließen. Meinliche Differenzen werden uns nicht scheiden. Wir müssen dann zusammenstehen in der Erreichung des einen großen Zieles: dieses Wahlrecht zu sichern. (Beifall.) Dann kommt von selbst ein anderer politischer Leben. Gerade jetzt während des Krieges wäre der Regierung Gelegenheit gegeben, wenigstens eine kleine Anbahnung zu machen, die zeigt, daß man gewillt ist, eine Reform einzuführen zu lassen. Vielleicht wäre dann manche Differenz im Parteileben vermieden worden. Aber in unserer Partei gibt es mit mir sehr viele, die nicht ruhig in die Zukunft schauen.

Herr Dr. Heilmann sagte dann am Schluss, daß es uns heute an Männern fehle, wie sie Preußen 1813/15 gehabt hat. Daß deshalb keine großen Hoffnungen auf politische Umwälzungen einschleichen der Art bestehen, daß deshalb die Massen für diese Reformen begeistert werden müssen. Er hat recht; auch ich sehe keine großen Männer. (Beifall.) Aber selbst, wenn sie da wären, würden sie auch heute noch das Schicksal eines Stein riskieren. Sie sind aber nicht da, — und weil die Massen dafür aufgerufen werden müssen, wird sich zeigen, inwieweit die Demokratie und mit ihr die soziale Frage ausgebaut werden. Aber wo ist heute die Demokratie, von der Heilmann sprach? Es wäre dringend nötig, wieder eine politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie aufleben zu lassen im Interesse der Kriegsschäden und der Kriegsgeldbesitzer im besonderen. Deshalb meine ich: vor dem Kriege für die Menschheit wirken will, wer für bessere Verhältnisse wirken will, muß darauf Wert legen, daß nicht nur die Demokratie ausgebaut wird, sondern daß von dieser demokratischen Basis aus die soziale Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden. Wenn Sie Anbahnung bei uns nach dieser Richtung finden, werden wir etwas erreichen. Wenn aber alle Differenzen austauschen, dann ist alle Hoffnung verloren. Eine Aufgabe des neuen Landtagsabgeordneten muß es sein, mit zu dem Aufbruch nach links zu wirken. (Beifall.)

Herr Oester meinte, wenn man so diskutiert, wie heute Abend Zielenzki es getan hat, dann muß man sich näher kommen. Eine Forderung des preussischen Wahlrechts muß auch im Interesse des Reiches gesehen, um die vielen Reibungsflächen zu beseitigen. Aber Reformen kann man nur mit einer Mehrheit machen. Wir danken Herrn Zielenzki für das Wort von der geschlossenen Linken. Wenn wir uns auf diesen Boden stellen, müssen wir vorankommen, besonders wenn dieser Gesichtspunkt bei den nächsten Wahlen von vornherein hochgehalten wird. Die fortschrittliche Landtagsfraktion hat vorige Woche erneut zum Wahlrecht Stellung genommen und der Regierung einen Vorschlag gegeben. Sie hat sich in der Akkommodationskommission, ihren Standpunkt zu entwickeln. Einem Volk, das 17 Monate im Krieg so geschlossen zusammensteht, darf man wohl sagen, wie man über keine politische Weiterentwicklung an Regierungstelle denkt. Die soziale Fürsorge ist auch ein Teil der Volkswirtschaft, die uns heute den Feind vom Lande fernhält; sie weiter auszubauen ist unsere heilige Pflicht. Wir werden mit der Sozialdemokratie gerne zusammenarbeiten; hoffentlich bekommen wir dann eine Linke, auf die sich die Regierung nicht nur stützen kann, die auch von der Regierung verlangt kann, daß sie eine verständliche Politik treibt.

Komit war die Versammlung zu Ende.

Gewerkschaftliche Weihnachtsunterstützungen. Wie im vorigen Jahre, so genährt auch in diesem Jahre der Dachverband der Familien der zum Herrentodt eingezogenen Mitglieder eine Unterstützung. Diese kommt für Frankfurt Sonntag den 12. Dezember, mittags von 3 bis 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5, Eingang Stolbergstraße, zur Auszahlung. Das Mitgliedsbuch ist, soweit es in Händen der Mitglieder ist, mitzubringen; ohne Buch wird kein Geld verabfolgt. — Auch der Zentralverband der Handlungsgewerkschaften gewährt seinen Mitgliedern eine Unterstützung zu Weihnachten. Die Unterstützung beträgt: für Frauen von Kriegsteilnehmern 10 Mark; diese Unterstützung wird nur dann gezahlt, sofern die Frauen nicht neben der staatlichen und gemeindlichen Unterstützung von dem Arbeitgeber einen Teil des Gehalts oder aus einer anderen Unterstützungslieferung eine laufende Unterstützung beziehen; für alle arbeitslosen Mitglieder, und zwar: verheiratete 10 Mark, ledige 7 Mark. Diese Unterstützung können nur solche arbeitslosen Mitglieder beziehen, die einschließlich Dezember mindestens sechs Monate dem Verbande als Mitglied angehört und mindestens sechs Monatsbeiträge bezahlt haben. Die Auszahlung

der Unterstützung erfolgt nur auf Antrag in der Zeit vom 15. bis spätestens 23. Dezember in unserem Bureau, Allee 11, Kolleg 5, 3. St. — Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter zahlt an verheiratete und ledige Mitglieder, die zum Herrentodt eingezogen sind, soweit diese keine laufende Unterstützung beziehen, eine Weihnachtsunterstützung. Die Auszahlung beginnt am 15. Dezember, morgens von 10 bis 12 Uhr, im Bureau, Allee 11, Kolleg 5, 3. St.

Ein feiner Zimmermeister. Ueberrascht war die Frau eines in der Burgstraße wohnenden Bahnbeamten, als sie für ihr schon lange leerstehendes Zimmer einen Mieter gefunden hatte. Und was für ein feiner Herr war das! Er gab an, Mechaniker zu sein, lobte die günstige Lage an der Lutherkirche und die schöne Wohnung und war sehr besorgt um das Wohlergehen der Frau. Ihr Mann sei gewiß auch im Krieg? Ja, war die Antwort der Frau, schon lange. Und wie hat man sich jetzt zu plagen und zu sorgen. Niemand will's mehr langen. Das glaube ich Ihnen gerne, liebe Frau. Was ich dazu beitragen kann, will ich gerne tun, um Ihre Lage etwas zu verbessern. Ich habe einen guten Freund, der könnte zu mir ziehen, dann haben Sie schon etwas mehr Mieteinkommen. Und dann werden in dem Geschäft, in dem ich arbeite, Frauen für leichtere Arbeit gesucht. Da können Sie sich auch noch etwas verdienen, denn die Arbeit ist nicht schwer und wird gut bezahlt. Geben Sie gleich mal hin, damit Ihnen nicht andere die Arbeit wegnehmen. Nein, ist das ein netter Herr, wie der besorgt ist, so was findet man selten, dachte die Frau und machte sich auf die Beine nach dem Oberweg, wo das Geschäft sein sollte, um sich die leichte und lohnende Arbeit zu sichern. Daß sie das Geschäft nicht fand, bereitete ihr eine Enttäuschung, aber... sollte sie sich am Ende verheiratet haben? Sinnend ging sie wieder nach Hause. Als sie ihre Wohnung betrat, war sie vor Schreck beinahe umgefallen. Tsch, was ist das? Die ganze Wohnung war durchwühlt, und beim näheren Nachsehen fand sie, das Kleider, Stiefel, Uhren, Ringe und andere Wertgegenstände waren. Der feine Mieter war verschwunden. Jetzt erkannte sie, daß sie in eine Falle gegangen, einem gerissenen Gauner zum Opfer gefallen war. — Und die Moral von der Geschicht: Ihr Frauen, laßt euch nicht betören, traut nicht jedem Schwärmer, den ihr nicht kennt. Seid vorsichtig!

Sportliche Veranstaltungen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Frankfurt. Sonntag: Tausendwanderung. Treffpunkt 1/2 Uhr am Hauptbahnhof. — Die Kinderbesetzung der im Felde stehenden Mitglieder erfolgt am zweiten Weihnachtstages im Vereinslokal.

Gerihtsfaal.

Frankfurter Schöffengericht.

Verfälschtes Hackfleisch. Proben, die von dem Hackfleisch des Metzgers Emanuel Strauß genommen wurden, ergaben einen Morfostoffmehrsatz von einem Prozent. Das Fleisch war flebrig und sehr wasserhaltig. Dieses eine Prozent Mehl sieht, wie der Vorsitzende am Schöffengericht ausführte, recht harmlos aus, aber es hat nach dem Gutachten des Sachverständigen die Fähigkeit, zehn Prozent Wasser, die dem Fleisch außerdem zugesetzt werden, zu binden. Der Zweck der Uebung ist also die Erhöhung des Gewichts. Strauß wurde wegen vorsätzlicher Nahrungsmitteifälschung zu einer Geldstrafe von 125 Mark verurteilt. — Der Metzger Johann Köppler hat dem Hackfleisch Präservatol zugesetzt, was verboten ist. Köppler wurde zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt.

Billige Kohlen. Der Fuhrmann Friedrich Dieter, der in einem Kohlengeschäft tätig war, wurde mit einer Fuhr Kohlen im Werte von 120 Mark fortgeschickt. Das Fuhrwerk wurde dem Geschäft von fremden Leuten zurückgebracht, denn Dieter hatte die Kohlen unterwegs für 22 Mark verhöfirt und Pferd und Wagen an der Straße stehen gelassen. Er wurde wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Neues aus aller Welt.

Budapester Zeitungsstille.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: Der „Pester Lloyd“ veröffentlichte am Sonntag den vier ersten Seiten — also als Leitartikel — Privatbriefe der Prinzessinnen Anastasia und Milica, Töchter des Königs von Montenegro. Der Schmod möchte in der Einleitung wohl bemerken, daß die Briefe irgend eine politische Bedeutung haben oder gar mit dem Weltkrieg zusammenhängen. Davon ist aber kein Wort wahr: die Briefe stammen aus dem Jahre 1889 und erzählen nur von der Verheiratung und den Hüttenwochen der zwei jungen Mädchen. Es ist in ihnen auch nicht eine, auch nicht die kleinste politische Anspielung aufzutreiben. Das Schmodblatt will nun der Budapester „Elite“ eine „Sensation“ bieten. Nun befinden wir uns zwar mit Montenegro im Kriege, aber Privatbriefe sind deshalb doch Privatbriefe, und insbesondere junger Mädchen; daß man sie irgendwo „gefunden“ hat, scheint uns kein Grund, sie einem lehrhaften Publikum zum Ergötzen hinzusetzen. Man würde also schon sehr gern erfahren, woher die Veröffentlichung kommt. Denn daß der Sturmwind des Weltkrieges einen Haufen von Briefen aufgewirbelt und uns auf den Tisch geschleudert hat, ist eine Schmodaphrase; der Sturmwind schleudert auf den Redaktionstisch nichts, das werden wohl die Herren Berichterstatter zusammengetragen haben. Da wir nun die Briefe gelesen haben, wollen wir sagen, daß sie alle einen anmutigen Geist verraten, echte Wärme und Lebenswärme atmen. Sie eröffnen auch einen Einblick in ein sehr herzliches Familienleben. Ob Briefe von Fürstinnen in diesem Alter allerorten eine so süßliche Letztur abgeben würden, ist nicht sicher. Der Schmod, der da gemeint hat, gegen den „Hof“ in Cetinje Widerwillen zu erregen, wird sich ziemlich getäuscht haben.

Verurteilte Mörderin. Die Besitzerin Henriette Hofstein aus Neu-Bukarest (Kreis Rabin) ist wegen Mordes, begangen durch Arsenitvergiftung an ihrem ersten Geman, ihrer eiführigen Tochter aus erster Ehe und ihrem zehnjährigen Stiefsohn, vom Schwurgericht in Königsberg dreimal zum Tode verurteilt worden. Der Verurteilten wurde zu der Tat war habhaft.

Telegramme.

Schiffsverluste.

London, 10. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Der Marine-Mitarbeiter der „Morning Post“ schreibt: In den letzten fünf Wochen sind über dreißig britische, französische und italienische Schiffe, darunter auch Transportschiffe im Mittelmeere versenkt worden. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Ein amtlicher Bericht darüber wird selten veröffentlicht; die meisten Nachrichten kamen von Lloyd's Agentur. Es ist offensichtlich unmöglich, die österreichischen Häfen zu blockieren. Auch die Einfahrt in das Adriatische Meer scheint dem Feinde unerschlossen zu sein.

London, 10. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) An Bord des im Hafen liegenden Schiffes „Liverpool“ ist Feuer ausgebrochen. Das Schiff ist gesunken.

London, 10. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus Drest: Der britische Dampfer „Star

of New Zealand“, mit einer Ladung von Gefrierfleisch von Montevideo nach Havre unterwegs, lief nahe der Insel Molene auf. Das Schiff gilt als verloren. Die Mannschaft wurde von anderen Schiffen gerettet und in Drest gelandet.

Tripolismerzen der Italiener.

Konstantinopel, 9. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Wie die Blätter aus vertrauenswürdiger Quelle erfahren, halten gut organisierte Streitkräfte der Senussen und tripolitani-schen Eingeborenen das ganze Wilajet Tripolis besetzt. Sie errichteten ihr Hauptquartier in Su-el-Dschuma, anderthalb Stunden von der Stadt Tripolis. Sie drangen auch in die Kafa Surt ein. Bei den Kämpfen in dieser Kafa verloren die Italiener 6000 Mann an Toten und ließen sehr viel Waffen und Munition in den Händen der Eingeborenen.

Kein Friedenspreis.

Kristiania, 10. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Das Nobelkomitee des norwegischen Storting hat beschlossen, den referierten Nobel-Friedenspreis 1914 nicht zu verteilen, sondern gemäß § 5 der Grundlegung der Nobelstiftung den Betrag des Friedenspreises einem besonderen Fonds des Komitees zu überweisen. Bezüglich des Friedenspreises 1915 hat das Komitee beschlossen, den Preis nicht zu verteilen, nach welchem Beschluß der Preis gemäß § 5 der Grundregeln für das nächste Jahr reserviert bleibt.

Amerika schwimmt im Gold.

Washington, 9. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Jahresbericht des Staatssekretärs des Schatzamtes teilt mit, daß der Vorrat an gemünztem und ungemünztem Gold von 1805 876 580 Dollars am 2. Januar 1915 auf 2 198 113 762 Dollars am 1. November gestiegen sei, daß sei ein größerer Betrag, als bisher jemals im Lande gewesen sei. Eine weitere Goldzufuhr sei in nächster Zeit aus Großbritannien, Südafrika, Kanada und Australien zu erwarten. Die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen in dem am 8. Juni 1914 endigenden Finanzjahre betrugen 298 913 000 gegen 212 148 000 Dollars in 1914/15, was einer Abnahme von 86 767 000 Dollars gleichkomme und dem europäischen Kriege zuzuschreiben sei. In dem Finanzjahre, das am 30. Juni 1915 endigt, betrugen die gesamten Einnahmen 720 397 782 Dollars, die Ausgaben 778 402 920 Dollars.

Wilson als Demokraten-Kandidat.

Washington, 10. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Das demokratische Nationalkomitee hat beschlossen, daß der Nationalkonvent zur Wahlstellung des Kandidaten für die Präsidentschaft am 14. Juni in St. Louis abgehalten wird. Das Komitee nahm einstimmig eine Entschließung an, Wilson als Kandidaten aufzustellen.

Kriegs-Abende

im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8.
29. Abend: Sonntag den 12. Dezbr.
abends 8 Uhr.

Leitung: Herr Rektor Victor.
Unter Mitwirkung von: Fritz Roth, Konzertkünstler, Prof. Bass und des Wiesbadener Orchesters (Leitung: Herr G. Schmidt).
Ausprobieren: Frau Dr. Heben, Herr Pfarrer Dr. Hüfner.

Eintritt 20 Pfg. (einschl. Kleidergebühr). Billet Vorverkauf am Sonntag von 11-1 u. von 2 1/2-4 Uhr am Saaleingang.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5
neben Hotel Vater Rhein. 09054

Schuhwarenhans.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen.
Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Miehlsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.
Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigsten Preisen zu kaufen.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Rothschilbs Arbeiterkleider-Magazin

Wellritzstraße 18
empfehlen zu Weihnachten für die Arbeiter im Felde, sowie für die Familien zu Hause

Die Internationalität und der Krieg.

Von Karl Lautsitz
Sonderdruck aus der „Neuen Zeit“ mit einem Vorwort.
Preis 20 Pfennig.

Die Waffen nieder!

Bericht von Suttner
Gebunden Bl. 2., brosch. 60 Pfg.
Auchwärts Porto 20 Pfg.

Die Waffen nieder!

Buchhandlung Volksstimme